:antifaschistische nachrichten

Nr. 16

g 3336 1.8.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

„Sonderkongreß“ im Harz

Blankenburg/Harz. Einen „Sonderkongreß zur Bundestagswahl“ führen die „Deutschen Konservativen“ vom 30. August bis 2. September in einem Hotel in Blankenburg bei Goslar durch. Am Abend des ersten Kongresstages stellt der frühere Schatzmeister der hessischen CDU, Casimir Prinz Wittgenstein (81), zu Beginn der 90er Jahre Ehrenpräsident der „Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft“, sein neuestes Buch vor.

Für den Samstag wird der CDU-MdB Heinrich Lummer, zugleich Ehrenpräsident der „Deutschen Konservativen“, mit einer „Generalabrechnung“ mit der rotgrünen Chaos-Regierung“ angekündigt. Anschließend spricht Andreas Mölzer (FPÖ), Chefredakteur der Wochenzeitung „Zur Zeit“ aus Österreich zum Thema „Gibt es eine europäische Rechte?“. Mölzer, einst Autor in der Zeitschrift „Report“ des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB) der NPD, „soll im Auftrag Jörg Haiders die Möglichkeiten des Aufbaues einer „europäischen Rechten“ sondieren“, heißt es in der Ankündigung. Am Sonntag sollen der Berliner Journalist Ivan Denes („Die DGB-Gewerkschaften als Feind Deutschlands und ihre Rolle bei den Bundestagswahlen“), Autor u.a. in der „Jungen Freiheit“ und dem „Ostpreußenblatt“, und der emeritierte Bonner Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter („Die Gefahren in Deutschland durch die radikale Linke“) referieren. Anschließend soll eine „Führungskraft“ der „Schill-Partei“, der „PRO“, über aktuelle Entwicklungen in seiner Partei berichten. Zum Abschluss des Kongresses wird der ehemalige „Wiking Jugend“-Barde Frank Rennicke auftreten. „Ganz bewußt und demonstrativ“ sei der heutige Autor im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ von den „Deutschen Konservativen“ eingeladen worden, heißt es in der Einladung. Zumindest der enorme Teilnahmebeitrag von 557 Euro wird dazu beitragen, das der Besucherandrang sich in Grenzen halten wird. *hma* ■

Aus dem Inhalt:



Fotos: indymedia

No Border - Camp Strasbourg Bericht S. 13

Frankreich:
Die Neonazis und das Attentat auf Jacques Chirac

Die Entscheidung habe er innerlich am 5. Mai dieses Jahres getroffen, so eine Bekannte von Maxime Brunerie. Am Abend jenes Tages war die deutliche Wahlniederlage des rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Jean-Marie Le Pen gegen Amtsinhaber Jacques Chirac in der Stichwahl besiegelt. Auf der Place de la République winkte Chirac einer Menschenmenge zu, deren Ausmaße jedoch bescheiden blieben - die meisten Franzosen waren erleichtert über die klare Niederlage Le Pens, doch richtiger Jubel über den Sieg des alten und neuen Präsidenten wollte so gut wie nirgendwo aufkommen.

Auf den Bildern nahmen Brunerie und seine Neonazi-Kameraden mehr algerische als französische Flaggen wahr. Dieser subjektive Eindruck war zwar übertrieben, doch die Tendenz traf durchaus zu. Denn die Hauptbetroffenen des Rassismus à la Le Pen waren an jenem Abend vielleicht noch am ehesten zum Feiern aufgelegt. „Der Kosmopolitismus ist dabei, die Schlacht zu gewinnen“, so bezeichnet etwa Fabrice Robert in der neuesten Ausgabe des Wochenmagazins Le Point den Eindruck, den „der feiernde Chirac inmitten algerischer Fahnen“ bei ihm und seinen Kameraden hinterlassen habe. Fabrice Robert ist der Chef der französischen Neo-nazi-Sammelbewegung Unité radicale (UR), deren Name ungefähr „Einheit der Radikalen“ bedeutet.

Mitglied bei UR war auch Maxime Brunerie, der am 14. Juli dieses Jahres, anlässlich der Parade zum französischen Nationalfeiertag, am Rande der Champs-Elysées auf Staatspräsident Chirac geschossen hat. Aus 100 bis 150 Meter Entfernung zielte er mit einem Karabinergewehr (wie es in Frankreich im Handel frei erhältlich ist) auf ihn. Doch nach dem ersten Schuss – der aufgrund des beherzten Eingreifens seines Nebenmanns in die Luft abgegeben wurde – entrangen die umstehenden Schaulustigen ihm die Waffe.

Unité radicale, das ist ein harter Kern von rund 500 Aktivisten, um die sich 2.000 bis 3.000 Sympathisanten scharen. Die Dachvereinigung war im Juni 1998 gegründet worden, um den – nach Eigenbezeichnung – „radikalen und außerparlamentarischen Flügel der nationalen Rechten“ zu sammeln. *weiter Seite 7*

Möllemann im Interview

BOCHUM. Der FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann hat der im Bochumer Stadtteil erscheinenden Zeitschrift „Freiheit Wattenscheid" ein Interview gegeben. Für die Ausgabe April-Juni ließ sich Möllemann von Michael Frank, ehemals Mitglied der NPD/JN und der DVU, zu Problemen des Ruhrgebietes und zum Israel-Palästina-Konflikt befragen. Verlags- und Herausgeberanschrift der erstmals 1990 erschienenen Zeitung ist nach wie vor die Adresse der Landesgeschäftsstelle der NPD in Bochum-Wattenscheid. In der gleichen Ausgabe findet sich auch ein Beitrag von Roland Wuttke von der „Deutschland-Bewegung", zugleich Autor der neofaschistischen Zeitschriften „Nation und Europa" und „Opposition" und ein Interview mit der NPD-Liedermacherin „Annett".

Zu Wort kommt in dieser Ausgabe auch der NPD-Landesvorsitzende Timo Pradel, der sich zur Frage der „Zwangseingemeindungen" äußert, ein Lieblingsthema des rechten Blättchens, das sich erhofft, über die Forderung nach einer Eigenständigkeit des Bochumer Stadtteils Wattenscheid Zuspruch bei Teilen der dortigen Bevölkerung zu bekommen.

hma ■

„Heldenviertel" mit Zusatz

FREIBURG. Im sogenannten „Heldenviertel" des Freiburger Stadtteils Unterwiehre finden sich Straßen mit Namen wie Richthofen-, Weddigen-. Langemarck- oder Gorch-Fock-Straße. Ein Bürgerverein der Stadt hatte im vergangenen Jahr die Forderung aufgestellt, die während des Naziregimes so benannten Straßen endlich umzubenennen. Zu einer Straßenumbenennung kam es zwar bislang nicht. Die Straßenbenennungskommission der Stadt beschloss jedoch nun, die Straßen mit neuen Schildern und „interpretierenden Zusätzen" zu versehen. So heißt es nun z.B. bei der Richthofen-Straße: „In der NS-Zeit nach dem als „Helden" des 1. Weltkriegs gefeierten Jagdflieger Manfred von Richthofen (1892-1918) benannt". Zu Walter Flex heißt es nun in einem Zusatz: „In der NS-Zeit nach dem Heimatdichter Walter Flex (1887-1917) benannt. Mit den Krieg idealisierenden Schriften hatte er großen Einfluss auf nationalistische Kreise". Die Hermann-Löns-Straße erhält nun den Zusatz: „In der NS-Zeit nach dem Heimatdichter Hermann Löns (1866-1914) benannt. Durch völkisches und rassistisches Gedankengut in seinen Schriften Wegbereiter der NS-Ideologie". Wenig eingefallen ist der Kommission zu Gorch Fock. In dem Zusatz heißt es lediglich, das er in seinen Dichtungen „Fischer und Seeleute als selbstsichere Tatmenschen darstellte".

Ginge es nach dem örtlichen Bürgerverein, der an der Formulierung der „interpretierenden Zusätze" nicht beteiligt worden war, wäre dort auch verewigt, das Fock die aggressive Flottenpolitik des Kaiserreiches propagandistisch unterstützt hatte. Eine derartige Mystifizierung hochrangiger Militärs zu „Helden" sei einer demokratischen Gesellschaft unwürdig, so ein Sprecher des Bürgervereins, der sich mit dieser Art der „Vergangenheitsbewältigung" nicht zufrieden geben will und auch weiterhin auf einer Umbenennung der Straßen besteht.

hma ■

Großveranstaltung mit Schlierer

MAINZ. Anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl führen die sogenannten „Republikaner" am Sonntag, den 1. September, eine Großveranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden der Partei, Dr. Rolf Schlierer, in Mainz durch. Beginn ist um 15 Uhr im Bürgerhaus Mainz-Kastel.

hma ■

Pressefest der „Deutschen Stimme"

Die NPD wirbt seit einiger Zeit für das diesjährige Pressefest ihres Parteiorgans „Deutsche Stimme", das am 3. August im „mitteldeutschen Raum" stattfinden soll.

> **Ankündigung auf der website der NPD:**
> „Auf dem Programm stehen u.a. Redebeiträge von Udo Voigt (NPD-Parteivorsitzender), Nick Griffin (Vorsitzender der British National Party, Großbritannien) und David Duke (Vorsitzender der European-American Unity and Rights Organizations, USA). Das musikalische Rahmenprogramm bestreiten die nationale Rockgruppe Spreegeschwader sowie die Liedermacher Frank Rennicke, Sleipnir, Jörg Hähnel und Lars Hellmich. An einem hochkarätigen Diskussionsforum zum Thema „Spitzel, Spalter, Provokateure – Die Arbeitsweisen des Verfassungsschutzes" nehmen die bekannten nationalen Aktivisten Friedhelm Busse, Meinolf Schönborn, Peter Naumann und Horst Mahler teil."

Um die Teilnehmer der letztjährigen Veranstaltung mit den damaligen Organisationspannen zu versöhnen, behalten die Karten aus dem Jahr 2001 ihre Gültigkeit. Da im Vorjahr knapp 2.000 Neonazis in Grimma teilgenommen haben, ist in diesem Jahr von einer ähnlichen Größenordnung auszugehen.

Ursprünglich wollte die NPD wiederum den Platz in Grimma nutzen. Nachdem es ihr unmöglich schien, dies notfalls juristisch durchzusetzen und sie zwei vereinbarten Kooperationsgesprächen ferngeblieben war, zog sie letztlich in der vergangenen Woche ihre Anmeldung zurück.

Es ist davon auszugehen, dass ein solcher Schritt nur dann gegangen wird, wenn bereits ein neuer Platz bzw. eine Halle gefunden worden sind. Aus den „für gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen" verlautet, dass entweder der Raum Erfurt oder – mit größerer Wahrscheinlichkeit – Gera Ziel des Ausweichmanövers sein werden. Für Gera oder das Umland der Stadt spricht auch der Umstand, dass am gleichen Tag Christian Worch erneut seine Anhänger in Leipzig aufmarschieren lassen will.

Trotz der bestehenden Rivalitäten könnte nach dem Kalkül vorgegangen werden, die Teilnahmezahlen dadurch zu steigern, dass man nach dem Demonstrieren noch das Saufen und die einschlägigen Bands bietet.

Nähere Informationen können unter 03437 - 919627 erfragt werden. Sollte ein genauer Veranstaltungsort bekannt werden, bitte ebenfalls informieren.

Jean Cremet ■

Früherer Rechtsextremist auf Liste der Schill-Partei

HAMBURG. Auf Platz zwei der thüringischen Landesliste der Schill-Partei kandidiert ein früherer Rechtsextremist. Bei dem Kandidaten handele es sich um Günther Steinert, der im Thüringer Landesverfassungsschutzbericht des Jahres 2000 als Aktivist der als rechtsextrem eingestuften Freiheitlich Deutschen Volkspartei (FDVP) geführt werde, wurde am Montag aus Kreisen der Schill-Partei in Hamburg bestätigt. Die Führung der Schill-Partei kündigte Konsequenzen an: „Wir gehen davon aus, dass wir die Liste in Thüringen ändern werden", sagte Parteisprecher Marc März.

Laut Verfassungsschutz handelt es sich bei der FDVP um eine als rechtsextrem eingestufte Abspaltung der DVU. Dem Bericht zufolge stand Steinert der FDVP in Thüringen zeitweise als Vize-Chef vor.

Quelle: FR 23.07.2002 ■

Ex-„Republikaner" als FDP-Funktionär

HEMER/DÜSSELDORF. Die nordrhein-westfälische FDP soll seit längerem darüber informiert sein, dass in ihrem Ortsverband im sauerländischen Hemer ein früheres Mitglied der rechtsextremen „Republikaner" als Schriftführer fun-

giert, berichtet die Süddeutsche Zeitung vom 22.7. Die zuständige FDP-Bezirksvorsitzende Angela Freimuth erklärte gegenüber der SZ, der geschäftsführende Landesvorstand habe „offenbar keinen Anlass gesehen“, gegen die Wahl des ehemaligen „Republikaners“ Kurt Blache zum Schriftführer in Hemer vorzugehen. Sie selbst habe erst durch Journalisten-Anfragen davon erfahren, sagte Freimuth. Daraufhin sei ihr vom zuständigen Kreisverband versichert worden, bei Blacher handele es sich um „einen rechtschaffenen Kerl“, der sich bei seinem Eintritt in die rechtsextremistische Partei „einfach mal verrannt“ habe. Über den „Liberalen Stammtisch“ habe der aktive Schützenbruder Zugang zur FDP gefunden. Aus seiner politischen Vergangenheit habe er nie ein Geheimnis gemacht. *SZ 22.7.2002* ■

Bundestagswahl: NPD überall auf dem Stimmzettel?

Laut NPD-Pressemitteilung hat die neofaschistische Partei in allen 16 Bundesländern die erforderliche Anzahl von Unterschriften bei den Landeswahlbehörden vorgelegt. Zum Teil sei die notwendige Zahl erheblich überschritten worden. In Schleswig-Holstein und Brandenburg hätten die Helfer der NPD „buchstäblich bis zur letzten Stunde auf Straßen und Plätzen bei den Bürgern um Unterstützung geworben“.

Ob das so geklappt hat, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Bei den Einzelkandidaten in den Wahlkreisen fehlten den Kandidaten in Köln z.B. die notwendigen Unterschriften. Die in drei Wahlkreisen aufgestellten Direktkandidaten wurden daher nicht zugelassen. *u.b.* ■

Schill: kein Geld für Wahlkampf

HAMBURG. Auch die Schill-Partei hat es geschafft, ihre KandidatInnen für die Bundestagswahlen aufzustellen – in der mittlerweile bekannten chaotischen Art und Weise. In Sachsen-Anhalt lehnte die Mitgliederversammlung die Aufstellung einer Landesliste indes ab, man wolle der CDU keine wichtigen Stimmen wegnehmen. Das heißt, „Schill“ wird in Sachsen-Anhalt nicht wählbar sein! In Mecklenburg-Vorpommern gab der Spitzenkandidat für die zeitgleich mit den Bundestagswahlen stattfindenden Landtagswahl nur drei Tage nach seiner Nominierung „aus persönlichen Gründen“ auf.

Die Kandidatenschar ergibt das Bild einer Mittelstandspartei; es treten Kaufleute, Beamte und v.a. Juristen und Mediziner an. Einige von ihnen haben politische Erfahrung als Mandatsträger der CDU auf kommunaler Ebene gesammelt. Schill kündigte einen lediglich bescheidenen Wahlkampf an. Es werde nur ein paar Plakate geben, man habe schließlich kaum finanzielle Möglichkeiten. Der Hamburger Parteivorstand war ohnehin gegen die Wahlbeteiligung und torpediert den Wahlkampf jetzt. Dieses Verhalten dürfte die Partei erneut Mitglieder kosten.

In den letzten Wochen traten in Mecklenburg-Vorpommern um die 100 Mitglieder aus, in Hamburg sogar über 200. Zugleich gab er hier 80 Parteiausschlüsse, deren Hintergründe zur Zeit nicht bekannt sind. Es dürfte sich aber um solche Schillianer handeln, die sich offensiv gegen den Vorstand stellen – im Schill-Jargon „Querulanten“.

So betrachtet, haben wir die Hoffnung, bis zu den Wahlen nichts mehr über die Schill-Partei berichten zu müssen. Leider aber lässt die Ankündigung, einen Schwerpunkt auf die „Ausländerpolitik“ legen zu wollen, trotz geringer zur Verfügung stehender Mittel nichts Gutes ahnen. *F* ■

Für eine offene Stadt – Gegen Fremdenhass und Rassenwahn

FREIBURG. Am 14. September plant die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einen Aufmarsch in Freiburg. Sie beruft sich in demagogischer Weise auf den Aufruf des Freiburger Gemeinderates vom 26.9.2000 „Für eine offene Stadt“ und versucht damit, dieses Engagement für ein weltoffenes Freiburg für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Ein breites Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen ruft dazu auf, dieser Provokation entgegenzutreten. Im Aufuruf heißt es:

„Die NPD fungiert nicht nur als Organisation und Auffangbecken der extremen Rechten, sie ist auch Teil einer Europa- und weltweiten Vernetzung von Neonazis. Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung und Vertreibung all jener, die nicht in ihr völkisches Weltbild passen, sind der Kern ihrer politischen Aussagen. Die Verschärfung des Nahost-Konfliktes wird von der NPD hemmungslos ausgenutzt, um latent vorhandenen Antisemitismus zu mobilisieren.

Wir sind nicht bereit, diese demagogische Hetze tatenlos hinzunehmen. Wir halten es für geradezu unerträglich, wenn die NPD und ihre Anhängerschaft - wie in den letzten Jahren wiederholt geschehen – mit Reichskriegsflaggen und Losungen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ oder den Hitlergruß zeigend, ungestört durch die Straßen ziehen können. Strenge Auflagen oder eine Verlegung des Aufmarsches aus der Innenstadt können eine breite gesellschaftliche Ächtung nicht ersetzen.

Fortsetzung Seite 4

Neue Broschüre zu den nazistischen „Heßmärschen“

In der Reihe antifaschistische Texte des Unrast-Verlages ist rechtzeitig für den im August geplanten Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im fränkischen Wunsiedel eine ausführliche Broschüre erschienen. Die jährlich stattfindenden Auseinandersetzungen um die Aufmärsche werden genauso analysiert, wie die Biographie des Kriegsverbrechers Heß in den Blick genommen wird. Besonderes Augenmerk legen die AutorInnen auf die antifaschistische Gegenwehr.

Die Freiburgerinnen und Freiburger werden dem couragierten Beispiel der Leipziger Bevölkerung folgend nicht zulassen, dass die NPD durch Freiburgs Straßen zieht. Es gilt, entsprechend dem einstimmigen Aufruf des Freiburger Gemeinderats vom 26.9.2000 „jedem Ansatz von Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt entschieden entgegenzutreten“.

Organisationen: DGB-Region Südbaden-Hochrhein, Ausländerbeirat der Stadt Freiburg; Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen/Linke Liste; Gemeinderatsfraktion der Grünen; Linke Liste/Friedensliste; ver.di Bezirk Südbaden, IG Metall Verwaltungsstelle Freiburg, NGG Verwaltungsstelle Schwarzwald-Hochrhein, Fabrik e.V., Rote Peperoni, Junge Grüne Freiburg, u-asta Uni Freiburg, , Juso Landesverband Baden-Württemberg, Runder Tisch der Freiburger Jugendinitiativen, Schülerrat Freiburg, Junges Freiburg e.V., Jugend für M.u.T.,PDS Kreisverband Freiburg, `Solid Ortsgruppe Freiburg, Jungdemokrat/innen-Junge Linke Freiburg ■

Haus in Elmstein teilweise an NPD vermietet

ELMSTEIN. Ein Teil des Elmsteiner Hofs ist seit 1. Juli an die NPD vermietet. Dies erklärte die Eigentümerin des Anwesens gegenüber der *Rheinpfalz.* Seit diesem Zeitpunkt hat der Landesgeschäftsführer der NPD, Sascha Wagner, dort sein Büro und seine Wohnung.

Bis dato habe die Partei nur einen Teil des Anwesens angemietet, so Wagner. Über kurz oder lang sei jedoch geplant, das Haus und das Grundstück zu kaufen. Der Bundesparteivorsitzende der NPD, Udo Voigt, werde nach Elmstein kommen, um sich das Gelände anzusehen. Momentan könne das Haus nicht gekauft werden, da noch nicht klar sei, über welche finanziellen Mittel die Partei in Zukunft verfügen werde. Die Entscheidung solle aber eventuell in den nächsten zwei Wochen fallen.

Als weiteren Grund, weshalb die Verhandlungen zunächst ins Stocken geraten sind, nannte Wagner, dass die Partei davon ausgegangen war, dass das Objekt bereits verkauft sei. An dem Elmsteiner Anwesen sei die NPD jedoch stark interessiert. „Wir haben ein Grundstück in der Vorderpfalz gesucht, und die Bedingungen in Elmstein sind nahezu ideal“, begründete Wagner die Entscheidung. Das Anwesen biete genügend Raum, um Versammlungen abzuhalten. Die Lage und das Umfeld seien optimal: „Wir haben in den 60er Jahren in Elmstein gute Stimmergebnisse erzielt. Auch einige Parteimitglieder leben hier.“ Über den derzeit im Raum stehenden Kaufpreis von 720.000 Euro werde noch verhandelt, so Wagner. Geplant sei, einige Wohnungen zu vermieten oder als Eigentumswohnungen zu verkaufen, um das Objekt zu finanzieren. Die derzeitige Eigentümerin gab an, dass sie das Haus vor vier Jahren für 530.000 Mark von der Kreissparkasse Bad Dürkheim-Grünstadt gekauft habe. Sie habe rund 700.000 Mark investiert, Fenster ausgetauscht, Wasserleitungen neu verlegen und den Hang abdichten lassen. Nachdem die Verbandsgemeinde Lambrecht weiter kein Interesse an einem Kauf gezeigt habe, habe sie den Mietvertrag mit der NPD geschlossen. „Für mich ist das ein normales Immobiliengeschäft, mit Sympathien hat das absolut nichts zu tun“, so die Eigentümerin.

Quelle: Rheinpfalz Online 20.7.2002
VVN-BdA Kaiserslautern,
vvn-bda-kl@gmx.de ■

Mehr Rechtsextreme und antisemitische Straftaten

BERLIN. Im 2. Quartal 2002 haben rechtsextreme und antisemitische Straftaten wieder deutlich zugenommen, das geht aus der Anwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke hervor. „Offenbar ermutigen die antisemitischen Ausfälle des Herrn Möllemann und die V-Leute-Pleite der Verfassungsschutzämter im NPD-Verbotsverfahren die rechtsextreme Szene zu neuer Gewalt“, so Ulla Jelpke.

„Im Juni registrierte die Polizei bundesweit 398 rechtsextreme Straftaten, darunter 27 Körperverletzungen und eine Brandstiftung. Damit steigt die Zahl rechtsextremer Straftaten seit vier Monaten ununterbrochen. Gegenüber März 2002 – damals registrierte die Polizei 188 rechte Straftaten - hat sich die Zahl dieser Delikte im Juni also mehr als verdoppelt. Noch alarmierender ist der Anstieg bei den antisemitischen Straftaten. Nach 127 solcher Straftaten im ersten Quartal 2002 registrierte die Polizei von Anfang April bis Ende Juni insgesamt 319 solcher Straftaten – das ist ein Anstieg um über 150 Prozent! Jede vierte dieser Straftaten geschah in Nordrhein-Westfalen, dem Stammland des Herrn Möllemann.“ ■

Rechte Gewalt – Meldungen aus 14 Tagen im Juli

◗ Wenige Wochen vor dem 10. Jahrestag des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen, wurde in der Nacht zu Samstag, dem 20. Juli, auf ein Büro der Arbeiterwohlfahrt im bekannten „Sonnenblumenhaus“ ein Brandanschlag mit einem Molotow-Cocktail verübt. Verletzt wurde niemand. In der gleichen Nacht gab es in Rostock einen weiteren Brandanschlag auf einen asiatischen Imbiss. Und es wurden die Fensterscheiben eines Asia-Markts eingeworfen. (nadir-aktuell 21.7.2002)

◗ Am 29. Juni wurde auf das Asylbewerberheim in Jöhstadt (Sachsen) ein Brandanschlag verübt. Nach Polizeiangaben wurde eine mit brennbarem Material gefüllte Bierflasche gegen die Außenwand geschleudert. Menschen wurden bei dem Brand nicht verletzt, das Feuer erlosch von selbst. (Jungle World 17.7.02)

◗ In Berlin wollte in der Nacht zum Donnerstag, dem 18. Juli, ein 42jähriger zwei Rechtsextreme daran hindern einen Fahrgast in einer Straßenbahn zu verprügeln. Daraufhin wurde er selbst von den 23 und 16 Jahre alten Brüdern mit Schlägen und Tritten lebensgefährlich verletzt. Da keine Verdunklungsgefahr bestehe, blieben die Täter auf freiem Fuß. (Darmstädter Echo, Freie Presse 19.7.)

◗ Drei Naziskins haben in der Nacht zum 14. Juli, in Essen einen 18-jährigen Schwarzafrikaner angegriffen und verletzt. Sie bewarfen ihn mit Steinen und Bierflaschen und schlugen ihn. Der Attackierte trieb die Skins mit einem Kantholz in die Flucht. Ein Angreifer wurde festgenommen. (dpa)

◗ In den frühen Morgenstunden des 14. Juli versuchten etwa 30 bis 40 Rechtsextreme in Forst (Spree-Neiße-Kreis) ein Festival des Jugend- und Kulturzentrums „Buntes Haus“ anzugreifen. Sie bewarfen die Gäste mit Flaschen und Steinen. Dabei wurden zwei Besucher leicht verletzt. (anlaufstelle für opfer rechtsextremer gewalt e.v., 03046 Cottbus, Buntes Haus e. V., 03149 Forst) Am Dienstag, dem 16. Juli, demonstrierten deshalb in Forst 150 Menschen gegen Nazis. (www.linkeseite.de 19.7.02)

◗ Am Dienstag, dem 9. Juli, griff ein 13jähriger am Löbauer Busbahnhof eine schwangere Frau aus Ghana an. In Begleitung zweier 14 und 16 Jahre alter Mädchen beleidigte er sie, warf eine brennende Zigarette auf sie, drohte sie umzubringen und stieß sie um. Passanten griffen nicht ein. Noch Tage später lag die Frau im Krankenhaus. (Sächsische Zeitung, Samstag, 13. Juli 2002)

◗ Am Samstag, dem 13. Juli, wurden zwei Mitglieder des Vereins Jumawa in Sebnitz von zwei stadtbekannten rechten Jugendlichen beleidigt, angegriffen, geschlagen, und am Ohr verletzt. (Quelle: Jumawa Sebnitz 13.07.2002)

◗ Am Bahnhof in Malter wurde am Samstag, dem 13.7., ein 17-Jähriger von Jugendlichen beschimpft, da er ein T-Shirt mit der Aufschrift „Gegen Nazis“ trug. Ein 17-Jähriger aus Rabenau schlug ihm ins Gesicht. (Quelle: Sächsische Zeitung (Dippoldiswalde),16.7.02)

Newsletter des
infotelefon.garfield@gmx.de
Antifaschistisches Infotelefon GARFIELD (06272-3559), 22. Juli 2002 ■

Ausstellung „Tatort Stadion“ machte Station in München:

Auf der Tribüne Rechts draußen!

Von 10. bis zum 26. Juli zeigte die Wanderausstellung „Tatort Stadion – Rassismus und Diskriminierung im Fußball“ im Einstein Kulturzentrum in München wichtige Fakten und Hintergründe zu diesem Thema. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Bündnis aktiver Fußballfans (B.A.F.F.) in Zusammenarbeit mit „football against racism in europe“ (fare). Maßgeblich beteiligte sich auch die Initiative „Löwen-Fans-gegen-Rechts“.

Es tat sehr gut, an diesem heißen Samstag vor der Sonne Schutz zu finden. So führte der Weg direkt hinunter in die kühlen Katakomben des Einstein Kulturzentrums am Max-Weber-Platz. Auf den ersten Blick erschien diese Ausstellung überraschend klein, wurde sie doch groß angekündigt. Sah man aber genauer hin, glänzte sie mit einer ungeheuren Fülle an Fakten und Informationen, oft bis ins Detail. Imposante Stellwände, im Zick-Zack-Muster angeordnet, gaben Auskunft über die Entwicklung der Diskriminierungen am Fußballfeld, über Rassenwahn in Fanclubs und über bekannte Neonazis, die im Stadion nach geeigneten Personen Ausschau halten, um sie zu rekrutieren. Im abgeteilten Hinterraum der Ausstellung erwartete den Besucher eine eindrucksvolle Filmvorführung über Szenen aus dem deutschen Fußballalltag, teilweise mit erschreckenden Bildern.

Die Exponate machten zunächst deutlich, dass das Thema Fußball in diesem Land eine wichtige Rolle spielt. Kaum jemand konnte sich entziehen, als sich die deutsche Nationalmannschaft bis ins Finale der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 in Japan und Korea kickte. Oder wenn bei solchen Turnieren wichtige Spiele erst durch ein spannendes Elfmeterschießen entschieden werden. Doch, so fragten die Initiatoren der Veranstaltung, was passiere um das Fußballfeld herum, in der Halbzeit, nach dem Abpfiff? Genau hier hakte „Tatort Stadion“ ein, stellte für viele unbequeme, aber in der Sache sinnvolle Fragen. So versuchen neonazistische Gruppen seit den 80er Jahren, bei Fußballspielen im Stadion neue Gefolgsleute anzuwerben. Als Beispiel nannte die Ausstellung die so genannte Dortmunder „Borussenfront“ mit ihrem mehrfach verurteilten Anführer Siegfried „SS-Siggi“ Borchardt. Dieser besuche noch heute Spiele von Borussia Dortmund und verteile NPD-Propaganda. Gezielte Angriffe auf Ausländer blieben nicht aus: „Die müssen wir rausprügeln!“

Auch in den 90er Jahren fielen Jugendliche mit verstärkt rechter Symbolik und Parolen in den Fankurven auf. Aber laut Ausstellung lagen hier im Vergleich zum vorhergehenden Jahrzehnt die Ursachen anders: Seit der Eingliederung der DDR ins Bundesgebiet 1990 hatte ein extremer Rechtsruck die Gesellschaft erfasst. Als Folge davon sei eine rechte Jugendkultur entstanden, die mit dem Slogan „Wir sind wieder wer!“ rasch an Selbstbewusstsein gewann. Rechte und faschistische Parteien wie die NPD und die DVU waren im Bundestagswahlkampf 1998 in verschiedenen Stadien aufgefallen. Besonders das Umfeld des MSV Duisburg und des Hamburger SV machte sich bei Verfassungsschützern laut Ausstellung sehr verdächtig. Rechte Fanclubs und ihre Fanzines gaben der braunen Front mächtig Vorschub. Auch in den Liedern wie dem rassistischen „U-Bahn-Lied“ wurde gegen Andersdenkende gehetzt.



Broschüre zur Ausstellung über BAFF: 030-2935 2835

An dieser Stelle erinnerte „Tatort Stadion“ an zwei folgenreiche und skandalöse Fußballspiele der deutschen Nationalmannschaft. Am 4. September 1996 spielte das deutsche Team im polnischen Zabrze – dem ehemaligen Ort Hindenburg – gegen die polnische Mannschaft. Schon bei der Anreise fielen die rechten Hooligans mit volksverhetzenden Parolen auf, intonierten gar das berüchtigte „Horst-Wessel-Lied“. Der Gipfel wurde zwei Jahre später bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Frankreich erreicht, als deutsche Schläger mit Reichskriegsflagge während eines Spiels in Lens dem französischen Polizisten Daniel Nivel fast das Hirn aus dem Kopf prügelten. Der Gendarm gilt bis heute als schwerverletzt. Grund genug also, nach den Ursachen dieser schlimmen Entwicklung zu fragen.

Hier vertraten die Initiatoren von „Tatort Stadion“ die Meinung, vor allem hochrangige Personen und Vertreter des DFB müssten eine Vorbildfunktion einnehmen und sich ihrer würdig erweisen. Doch der gegenwärtige Präsident des DFB Gerhard Mayer-Vorfelder („Mayer-Formfehler“) unternimmt laut Ausstellung alles, dem entgegenzuwirken. Der schwäbische Politiker zeigte bereits in den 80er Jahren als Kultusminister eindeutig Flagge: Schüler müssten wieder, so Mayer-Vorfelder, alle drei Strophen des Deutschlandlieds kennen und singen. Auch kernige Sprüche wie „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ und „Unsere Geschichte besteht nicht nur aus zwölf dunklen Jahren“ waren und sind seine Sache des politischen Ziehsohns von Hans Filbinger (!!). Bei diesem Vorbild wunderte es nicht, wenn Neonazis zitiert wurden mit: „Im deutschen Fußball wird jetzt alles gut. Da ist ja jetzt einer von uns Präsident.“ Und wie der Herr, so's Gescherr: Unter dem Titel „Kabinengeflüster“ wies die Ausstellung auf menschenverachtende Äußerungen bekannter Fußballer und Trainer hin. Auf dem Oktoberfest 1993 hatte der Fußball-Dinosaurier Lothar Matthäus einen Niederländer mit den Worten verunglimpft, er sei „wohl von Adolf vergessen worden“. Otto Rehhagel, derzeit Nationaltrainer von Griechenland, hetzte: „Die Neger nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“ Auch Ex-Löwentrainer Werner Lorant und Torwart-Legende Toni Schumacher stießen leider ins gleiche Horn.

Bleibt die Frage: Welche Konsequenzen hat der DFB gezogen? Hier berichten die Dokumente der Wanderausstellung von der DFB-Aktion „Friedlich miteinander – Mein Freund ist Ausländer“. Mit Plakaten, Stadiondurchsagen und Schweigeminuten warb der Fußballbund für einen problemlosen Fußballalltag. Laut Konfliktforscher Prof. Gunter A. Pilz „eine PR-Maßnahme, die ohne Rücksprache mit den Fans oder den Fan-Projekten erfolgte.“ Erst 1998 erkannte der Verband die Gefahr offiziell an, verschickte einen so genannten Zehn-Punkte-Plan gegen Rassismus an Vereine und Medien, der jedoch nicht voll umgesetzt wurde.

Doch entgegen allem Pessimismus zeigt „Tatort Stadion“ auch positive Highlights, wie beispielsweise die erfolgreiche Initiative „Löwen-Fans-gegen-Rechts“. Gerade der TSV 1860 München hat eine erzbraune Vergangenheit, die ein solches Engagement mehr als erfordert. Hoffnung gaben auch die Berichte vom Berliner Fußballverein BFC Türkiyemspor. Diesem türkischen Club war es gelungen, trotz Diskriminierung große sportliche Erfolge feiern zu können. Hoffnung macht sicherlich auch das Engagement von Künstlern und Intellektuellen wie dem Kabarettisten Helmut Ruge, der im Begleitprogramm auftrat. Dabei traf er den Nagel auf den Kopf: „In einer Mannschaft ist Rechtsaußen eine wichtige Position. Auf der Tribüne sollte Rechts draußen bleiben.“ *joe* ■

Gedenkveranstaltung für 1164 deportierte jüdische Menschen aus Köln und dem Rheinland

Auf dem Erich-Klibansky-Platz in Köln versammelten sich am Montag, dem 22.7.2002, diejenigen, die der Einladung des Evangelischen Stadtkirchenverbandes und der Synagogen-Gemeinde Köln gefolgt waren, der jüdischen Kinder, Jugendlichen, ihrer Verwandten und Erzieher zu gedenken, die vor 60 Jahren zu ihrem grausamen Tod durch faschistische Mörder deportiert wurden.

1164 Menschen mussten am 20. Juli 1942 zum Deutzer Tiefbahnhof kommen. Nach vier Tagen Fahrt wurden sie in Trostenez bei Minsk ermordet. Unter ihnen befand sich der langjährige Leiter der Jawne, des jüdischen Reformrealgymnasiums, Dr. Erich Klibansky, mit seiner Familie und seinen letzten Schulklassen. Durch einen weitsichtigen Plan war es ihm gelungen, im Jahr 1939 130 Schüler in mehreren Gruppen nach England zu retten und ihnen dort das Leben zu sichern. Nach Beginn des von den deutschen Faschisten zu verantwortenden Weltkrieges konnte er diesen mutigen Plan nicht vollenden.

Zum Gedenken sprach Irene Corbach, Synodalbeauftragte für das christlich-jüdische Gespräch. Sie und ihr verstorbener Mann Dieter Corbach hatten sich besonders für die Errichtung des Gedenkbrunnens mit dem klagenden Löwen Juda und den Namen der ermordeten Kinder auf dem Erich-Klibansky-Platz, dem früheren Schulhof der Jawne, eingesetzt. Ein Grußwort der Stadt überbrachte Bürgermeisterin Renate Canisius. Pfarrer Horst Reinhardt zitierte aus dem 83. Psalm. Herr Yizhak Ahren von der Synagogen-Gemeinde Köln trug den 82. Psalm vor, in dem es, wie er hervorhob, um Gerechtigkeit gehe. Über die Jawne sprach einer der geretteten Schüler, Herr Fritz Bauchwitz aus Bremen. Seine Rede, aus Platzgründen leider gekürzt, möchten wir hier zum Nachdenken bekannt machen. A. Lux

Rede von Fritz Bauchwitz am 22.7.2002

Liebe Freunde, denn das sind Sie ja alle, die sich die Zeit genommen haben, heute zu dieser Gedenkstunde zu kommen, trotz der rechtsextremistischen Ausschreitungen und der antijudaistischen Äußerungen, sogar von sogenannten liberalen Politikern und prominenten Autoren, die wir in letzter Zeit erlebt haben. Ich bin überzeugt, daß sich die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung sehr wohl bewußt ist, welche Gefahr von solchen Gruppen und solchen Machenschaften ausgehen. Sowohl Demonstrationen, öffentliche Veranstaltungen, und die Forderungen nach schnellem Handeln der Justiz, als auch prompte Opposition aus den eigenen Reihen gegen unverantwortliche Äußerungen seitens führender Persönlichkeiten der Politik und der Literatur belegen diese Einstellung der Deutschen. Sie gehören zu dieser Mehrheit der Deutschen, und zusammen mit



Schulleiter Dr. Erich Klibansky am Eingang des Gymnasiums Jawne

uns Betroffenen der Greuel, die während der Hitlerzeit an deutschen Juden begangen wurden, wollen wir einer Institution gedenken, die von den Nazis ausgelöscht wurde, und uns an die Menschen erinnern, die diese Institution verkörpert haben, und die gedemütigt, gequält und schließlich ermordet worden sind.

Wir stehen an der Stelle, an der die Jawne gestanden hat. Jawne, das war der

Name eines der besten Gymnasien Deutschlands, und ich war Schüler dieser Schule, als jüdische Kinder keine deutschen Schulen mehr besuchen durften (...) Der „spiritus rector“ der Schule war selbstverständlich unser Direktor Dr. Klibansky. Für mich und für die meisten meiner Mitschüler hatte er so etwas von einem strengen Zuchtmeister, und unser Respekt war immer mit einer gewissen Ängstlichkeit verbunden. Erst viel später wurde uns klar, was für ein warmherziger und liebevoller Mensch er in Wirklichkeit gewesen ist.

Dr. Klibansky versuchte also mit Hilfe jüdischer Gemeinden in England die ganze Jawne nach England zu bringen. Zunächst war es aber nur möglich für einzelne Klassenverbände, mit allen Schülern, deren Eltern mit der Übersiedlung einverstanden waren. Die nötigen Unterlagen aus England kamen Anfang April 1939.

Am 9. Mai stand ich mit meinen Mitschülern, mit unseren Familien und unseren Lehrern, unter ihnen Dr. Stein, auf einem Bahnsteig im Kölner Hauptbahnhof. Unsere war die dritte der fünf Klassen, die es vor Ausbruch des Krieges geschafft haben. Dr. Klibansky begleitete uns nach Liverpool und blieb die ersten Wochen in England bei uns, denn die Lehrer, die endgültig bei uns bleiben sollten, mußten noch auf ihr britisches Visum warten. Der Zug fuhr ein, wir verabschiedeten uns von unseren Eltern und den Lehrern, die zurückbleiben mußten. Der Betrieb und das Gedränge auf dem Bahnsteig ließ mir gar nicht bewußt werden, was da tatsächlich passierte, obwohl ich fast 15 Jahre alt war. Es war fast eine Atmosphäre wie ein Aufbruch zu einem Ferienlager, aber für viele von uns war das der endgültige Abschied von unseren Familien, von unseren Lehrern und unseren Freunden. Als der Zug aus dem Bahnhof fuhr, ließen wir mehr zurück als die winkenden Menschen auf dem Bahnsteig. Eine ganze Ära unseres Lebens war jäh abgeschnitten worden.

Als Dr. Klibansky nach Deutschland zurückgekommen war, hat er die beiden nächsten Transporte in die Wege geleitet. Als die sechste Klasse fast reisefertig war, brach der Krieg aus. Dr. Klibansky, seine Familie, die meisten Schüler und Lehrer, die zurückgeblieben waren, saßen in der Falle, wurden in den Osten deportiert und ermordet.

Diese Deportation hat auf den Tag genau vorgestern, dem 20. Juli, vor 60 Jahren stattgefunden. Der Sonderzug der Deutschen Reichsbahn Da 219 fuhr pünktlich um 15.00 Uhr vom Bahnhof Köln-Deutz-Tief ab. Es waren 1.164 Personen, darunter 118 Kinder unter 10 Jahren (...) Die Fahrt endete nach vier Tagen, am 24. Juli. Lastwagen fuhren in zeitlichen Abständen zu einem Wäldchen in der Nähe des Vernichtungslagers Trostenez, das die SS im November 1941 dort eingerichtet hatte, etwa 15 km von Minsk entfernt. Etwa 4 km weiter, in diesem Kiefernwäldchen bei Blagowschtschina, das leicht abgeriegelt werden konnte und von weitem kaum einzusehen war, hatte man durch russische Kriegsgefangene große Gruben ausheben lassen, etwa 3 Meter tief und 60 Meter lang. Kurz vor dem Tode der Insassen des Zuges Da 219 zählte die SS noch genau nach, wie viele Kinder unter 10 Jahren sie ermorden würde: 118 Kinder unter 10 Jahren und viele Jugendliche aus Köln. Außer Schülern und Lehrern der Jawne waren auch die Bewohner des jüdischen Waisenhauses Lützowstraße und des Abraham-Frank-Hauses in der Aachener Straße mit ihren Erziehern und Lehrern in den Zug gestiegen, in der Überzeugung: „Wir werden wiederkommen!“ Keiner überlebte.

Ihr Andenken aber überlebt, so wie es die Buchstaben verkünden, die auf jedem jüdischen Grabstein eingemeißelt sind: Mögen ihre Seelen eingebunden sein in den Bund der Lebenden. Für das Überleben des Andenkens sorgt auch der Brunnen vor dem wir stehen mit den Namen der Kinder, die uns verloren gegangen sind, und der kleine Platz, auf dem wir uns befinden, der den Namen unseres Direktors Dr. Erich Klibansky trägt.

Die Tatsache, daß es diese Gedenkstätte gibt, verdanken wir unserem Freund Dieter Corbach, der uns leider verlassen hat, und seiner Frau Irene, die seine Arbeit in seinem Sinn fortsetzt.

Danke, daß Sie alle zu uns gekommen sind. ■

Fortsetzung von Seite 1

Damals ging es um eine Arbeitsteilung zwischen dem potenziell gewalttätigen rechtsextremen Spektrum und dem legal auftretenden, auf die politische Machteroberung abzielenden Neofaschismus in Gestalt des Front National (FN).

Denn die Jugendorganisation des FN, der Front national de la jeunesse (FNJ), legte zwar einen sehr radikalen und gegen das „System" gerichteten Diskurs an den Tag, bot aber den nach militantem Aktivismus strebenden Elementen kaum Betätigungsfelder, da auf das öffentliche Erscheinungsbild der Gesamtpartei geachtet werden musste. Somit dachte man an eine Rollenteilung zwischen militantem und gewissermaßen „massenpolitisch" agierendem Arm. In ihrem Eigenverständnis betont Unité radicale: „Wir wollen der Nationalen Bewegung" – gemeint ist der parteipolitisch strukturierte Neofaschismus – „keine Konkurrenz machen, sondern wir wollen sie ergänzen, indem wir jenen eine Ausdrucksmöglichkeit bieten, die aufgrund ihrer notwendigen Mäßigung enttäuscht sein könnten". UR versteht sich denn auch „nicht als Massenpartei, sondern als eine Avantgarde, einen Ansporn" für größere Kräfte.

Die Parteispaltung des FN, die ein halbes Jahr später eintrat, hat die Rollenverteilung durcheinander gebracht. Anlässlich der Trennung zwischen Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret ergriffen die Hardcore-Aktivisten von UR klar für die Mégretisten Partei, und zwar aufgrund der angeblichen „multikulturellen Positionen", die Le Pen damals ergriff. Allerdings hat Unité radicale sich auch später noch häufig für einen Wiederannäherung zwischen Lepenisten und Mégretisten eingesetzt. Trotz ihrer größeren Nähe zum MNR hat Unité radicale regelmäßig an den jährlichen 1. Mai-Demonstrationen des FN teilgenommen. Nach dem Wahlerfolg von Jean-Marie Le Pen hatte Unité radicale auch Gespräche mit dem FN aufgenommen, zu dessen Wahl in der Stichwahl sie aufrief.

Um seinen innerparteilichen Widersachern zu schaden, hatte Le Pen die Mégret-Anhänger anlässlich der Spaltung als „eine Minderheit von Aktivisten, Extremisten, ja sogar Rassisten" dargestellt. In der Folgezeit hatte er einen eher post-kolonial und paternalistisch geprägten Rassismus nach außen gekehrt, der es erlaubte, auch eindeutig pro-französisch eingestellte und angepasste Einwanderer innerhalb der Partei zu befördern. Das gilt insbesondere für Harkis – so heißen jene Algerier, die im Unabhängigkeitskrieg auf Seiten der Kolonialmacht Frankreich kämpften – und ihre Nachfahren, wie bspw. den Pariser FN-Kommunalparlamentarier Farid Smahi. Die Mégret-Fraktion sprach hingegen einem lupenreinen rassebiologistischen Determinismus das Wort, dem zufolge es eine theoretische Verirrung ist, einen „Islamisten" – als solche bezeichneten sie den FN-Funktionär Farid Smahi aufgrund seiner Herkunft - in den eigenen Reihen zu haben.

Die Mégret-Partei verfolgte seit damals eine Doppelstrategie: Sie versuchte gleichzeitig, rechts und „links" – im Sinne von näher an der politischen Mitte – von Jean-Marie Le Pen zu stehen. Einerseits zeigte sie sich offen für das militante und ultraradikale Spektrum, dem sie weitgehende Freiräume ließ. Auf der anderen Seite versuchte die Mégret-Partei aber auch mit einer Strategie der „ausgestreckten Hand" gegenüber der konservativen Rechten zu verfolgen, und ihre Kader befürworteten eine Bündnisstrategie nach italienischem Vorbild, die die Partei zur Machtbeteiligung führen sollte.



Im Mai 2000 trafen sich Vertreter der Mégret-Partei und von Unité radicale, um in der Folgezeit die Doppelmitgliedschaft in beiden Organisationen zu erlauben – normalerweise führt die Zugehörigkeit zu einer anderen politischen Gruppierung beim MNR zum Parteiausschluss. Teil des damals geschlossenen Abkommens war ebenfalls, dass den UR-Neonazis aussichtsreiche Plätze auf den MNR-Listen zu den Kommunalwahlen im März 2001 eingeräumt werden sollten, darunter eine Spitzenkandidatur in Südwestfrankreich.

So war auch Maxime Brunerie anlässlich der Kommunalwahlen 2001 Kandidat des MNR im 18. Pariser Bezirk, auf einem der vorderen Listenplätze – dem siebten von 42 – unter dem Spitzenkandidaten Alain Vauzelle, dem landesweiten Schatzmeister des MNR. Sechs Monate zuvor, am 16. September 00, war Brunerie wegen illegalen Klebens von MNR-Plakaten auf den Champs-Elysées aufgegriffen worden. Und noch am 21. April dieses Jahres nahm Brunerie am Wahlabend des Präsidentschaftskandidaten Bruno Mégret teil, in einem Hotel der Kette Novotel im 15. Pariser Bezirk, wo er (unter Nennung seines Namens) auf Fragen der Le Monde-Reporterin Virginie Malingre antwortete. Heute betont Bruno Mégret zwar in der Öffentlichkeit, dass Brunerie einen Einzelfall mit „rein psychiatrischem Hintergrund" darstellte. Doch hat der MNR nie bestritten, dass Maxime Brunerie bis zu seinem Attentatsversuch Parteimitglied gewesen ist.

Zeitweise wollte der MNR sogar seine Jugendorganisation, den MNJ, mit Unité radicale zu einer gemeinsamen Organisation unter dem Namen Front de la jeunesse (Jugendfront) fusionieren. Der Kabinettschef des MNR-Generalbeauftragten Jean-Yves Le Gallou (Nummer Zwei der Partei), Grégoire Tingaud, unterhielt entsprechende Kontakte über den MNJ zu einer Mitgliedsorganisation von Unité radicale, dem GUD. Doch die Verbindungen der Ultraradikalen zum MNR haben sich seitdem merklich gelockert. Ein Grund dafür ist der Abgang des NS-nahen Rasseideologen Pierre Vial, der den radikalsten Flügel in der MNR-Führung repräsentierte. Vial trat im Herbst 2001 aus der Partei aus, weil diese anlässlich der internationalen Spannungen infolge des 11. September den Islam – natürlich mitsamt der muslimischen Einwanderer in Europa – zum „Hauptfeind Nummer Eins" erklärte und zugleich proamerikanische und pro-israelische Positionen einnahm. Zugleich war ihm die Bündnispolitik des MNR gegenüber den Konservativen viel zu bürgerlich. Ein anderer Grund liegt in den Wahlschlappen des MNR, der bei der Präsidentschaftswahl gut zwei Prozent und bei den jüngsten Parlamentswahlen nur noch knapp über ein Prozent erhielt.

Heute neigt Unité radicale stärker zum Aktivtismus, auf der Straße... und für einzelne Mitglieder vielleicht in der Form, in der sich der gescheiterte Chirac-Attentäter Maxime Brunerie versuchte.

■ Das Verhältnis zu den rechten-Großparteien: FN (und MNR)

Die größeren rechtsextremen Parteien, FN und MNR, haben ein ambivalentes Verhältnis zu den ultraradikalen Aktivisten. Auf der einen Seite nehmen sie immer wieder Aktivisten aus diesem Bereich dankbar auf, weil diese das Fußvolk vergrößern, aktiv zur Hand gehen – und weil es für diese Parteien gilt, auch solche Elemente aktiv einzubeziehen, um sich die absolute Hegemonie auf der extremen Rechten zu sichern und keine Kräfte außerhalb ihres Einflusses hochkommen zu lassen.

Auf der anderen Seite wollen sie natürlich keine politischen Entscheidungszentren neben sich dulden. Und keinen Schatten durch das Agieren unkontrollierbarer Elemente auf das Erscheinungsbild ihrer eigenen Parteien geworfen sehen. Am 1. Mai 2000 kam es zu kleineren Prügeleien zwischen dem FN-Ordnerdienst und Elementen aus dem Um-

feld von UR, weil Le Pen deren Anhänger nicht bei „seinem" Aufmarsch dulden wollte. Hintergrund war aber vor allem, dass es ihm überhaupt nicht passte, dass die UR-Aktivisten sowohl bei Le Pen, als auch bei der späteren Saalveranstaltung des „Erzverräters" (aus FN-Sicht) Mégret dabei sein wollten.

Seitens von Unité radicale hat die deutliche Wahlniederlage von Le Pen in der Stichwahl gegen Präsident Jacques Chirac, aber auch das schmähliche Scheitern des MNR bei Präsidenten- und Parlamentswahlen zu einer Lockerung der Bindung an die beiden Parteien geführt. Der Fortgang der Krise des MNR (der im Oktober 02 einen Kongress der „Neugründung" abhalten will) könnte dies noch beschleunigen.

■ Die Tat von Maxime Brunerie

Vor diesem Hintergrund wird auch die Tat von Maxime Brunerie vielleicht erklärbarer. Tatsächlich lässt diese sich nicht auf die Tat eines durchgeknallten, oder schlicht verrückten, Einzeltäters reduzieren. Allerdings scheint sein Attentatsversuch auch nicht auf einen kollektiven, organisierten Akt zurückzugehen. Jedenfalls gibt es bisher keinerlei Anzeichen für Tathelfer oder explizite Auftraggeber des Attentatsversuchs. Wahrscheinlich ist, dass Unreife und Geltungsdrang mit zur Tat des 25jährigen geführt haben. Diese war von Anfang an nicht allzu aussichtsreich, wobei es allerdings dennoch überrascht, wie leicht es Brunerie am Ende gelungen ist, mit seinem (in einem Gitarrenetui versteckten) Karabinergewehr bis auf Schussweite an den Staatschef heranzukommen.

Am 13. Juli, dem Vortag des französischen Nationalfeiertags, um 13 Uhr britischer Zeit (15 Uhr Pariser Ortszeit) hatte Maxime Brunerie auf dem Internet-Forum der britischen Neonazigruppe Combat 18 (für „Kampf Adolf Hitler", die Zahlen symbolisieren jeweils den Buchstaben der Initialien im Alphabet) eine unzweideutige Nachricht hinterlassen. „Watch the TV this sunday, I will be the star... Death to Zog, 88 !" Zog steht für „Zionist occupation government" (Zionistische Besatzungsregierung), eine alte Neonaziformel, um „das System" zu bezeichnen. Und 88 steht für HH (Heil Hitler). Aber neben diesen politischen Formeln hat Brunerie sich eben auch unzweideutig gebrüstet, dass er „der Star" sein werde. Auch gegenüber den Ermittlern gab er zu Anfang an, er habe „den Präsidenten töten wollen, damit man von mir spricht", aber auch, um „eine Krise des Regimes auszulösen".

Die persönliche Unreife eines 25jährigen, der in der Vergangenheit seine Einsamkeit in einer Trabantenstadt dadurch betäubte, dass er sich in Gruppen von Skinheads (die in den Schnellbahn-Bahnhöfen des Départements Essonne ↓

Die Unité radicale

Die Mitgliedsgruppen von Unité radicale

Unité radicale entstand 1998 aus einer Annäherung zwischen dem militanten GUD (Groupe Union Défense, Gruppe Einheit und Verteidigung), der nationalrevolutionären Gruppierung Nouvelle Résistance und Aktivistenzirkeln wie Jeune résistance oder der Union des cercles résistance. Hinzu kam später die Neonazipartei PNFE (Parti nationaliste français et européen), die sich im Jahr 2000 auflöste, sowie „Dissidenten" der antisemitischen Splittergruppe Oeuvre française (Französisches Werk), die eine historische rechtsextreme Gruppierung aus den 50er Jahren – Jeune nation (Junge Nation) – fortsetzt. Im Sinne einer „nationalrevolutionären" Querfront-Strategie konnte UR aber auch rechte Ökologen einbinden.

Der **GUD** bildet eine, als gewalttätige Reaktion auf die Bewegung des Mai 1968 entstandene, rechtesextreme Studentengruppierung. Seine Hochburg hat der GUD an der Universität Paris-II in der rue d'Assas, einer konservativen bis reaktionären Kaderschmiede; dort wurde er auch gegründet. Hier sammelt er manche Kinder der Elite, die – sicher, dass sie nach einem halbwegs glimpflich überstandenen Studium an der Eliteuniversität ohnehin Papas Anwaltskanzlei oder Betrieb übernehmen können – sich langweilen und sich mit „Jagd auf Linke" die Zeit vertreiben. Außer in Paris-Assas verfügt der GUD noch über Ableger in Lille, Montpellier und im stockrechten Nizza.

Der GUD zeichnet sich vor allem durch extreme Gewalttätigkeit gegenüber politischen Gegnern aus, und sehr wenig durch ideologische Tätigkeit. Neben den Elitekindern zieht er manchmal auch Kinder von „geringerer" sozialer Herkunft an, die sich durch die Kameradschaft in der Schlägertruppe eine Aufwertung erhoffen. Dies gilt wohl auch für Maxime Brunerie, der – nach einem Vorlauf durch Skinheadgruppen in den Trabantenstädten des südlichen Pariser Umlands, sowie das Hooligan-Umfeld des Pariser Fußballclubs PSG – Ende der 90er Jahre dem GUD beitrat. Als Facharbeiter- und Angestelltenkind aus der Mittelschicht war Brunerie als Student für einen berufsorientierten Abschluss in Betriebswirtschaft und Buchhaltung eingeschrieben, was eher einer mittleren sozialen Position entspricht.

Der **PNFE** wurde 1987 durch den ehemaligen Aktivisten für das „französische Algerien" Claude Cornilleau gegründet, der zuvor bei der konservativen Rechten und dann beim Front National hospitiert hatte. Zu ihren Glanzzeiten hatte die ungeschminkte Neonazi-Partei, die ungefähr mit der – inzwischen verbotenen – Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) in den 80er Jahren zu vergleichen ist, rund 500, oft gewalttätige Mitglieder. Einige von ihnen zeichneten sich in den späten Achtzigern durch Anschläge auf Sonacotra-Wohnheime für Immigranten an der Côte d'Azur aus. 1994 konnte die Partei die Überreste der Faisceaux nationalistes européens gewinnen, welche die FANE, die Neonazi-Kombo von Marc Frederiksen, fortsetzten. Die FANE war 1980 nach dem Attentat auf die Synagoge in der Pariser rue de Copernic verboten worden, das ihr fälschlich zugeschrieben wurde – wie sich hinterher herausstellte, war es von palästinensischen Extremisten begangen worden.

Doch ihre Versuche, die Polizei zu unterwandern, sollten ihr nicht bekommen, denn alsbald verlief die Unterwanderung eher in umgekehrter Richtung, und es wimmelte von Polizeispitzeln in ihren Reihen. Am Ende beschränkte sich die Tätigkeit des PNFE, der auf wenige Dutzend Mitglieder schrumpfte, eher auf Nazi-Folklore. Im Jahr 2000 löste er sich auf, den übrigen Mitgliederbestand übernahm Unité radicale.

Nouvelle Résistance ist eine nationalrevolutionär bzw. „nationalbolschewistisch" ausgerichtete Gruppe von circa 200 bis 300 Mitgliedern, die 1988 aus einer Spaltung der Kleinpartei Troisième Voie (Dritter Weg, gemeint ist : zwischen Kapitalismus und Kommunismus) entstand - die andere Hälfte war vom Front National verschluckt worden. 1996 näherte sich auch Nouvelle Résistance dem damaligen FN an, doch die Gruppierung verfolgte zugleich eine Querfront-Strategie, die alle oppositionellen Potenziale in der Gesellschaft sammeln sollte : Rechtsextreme, Linke, kommunitaristische Widerstände und Ökologen. Ihr Chef Christian Bouchet führte bis im Frühjahr dieses Jahres als Generalsekretär UR an.

Unter Einfluss der nationalrevolutionären Querfront-Strategie konnten auch ökologisch ausgerichtete Splittergruppen für Unité radicale gewonnen werden. So etwa Mitglieder der Gruppe Earth First, die eine prinzipiell menschenfeindliche und biologistische Variante von Radikalökologie vertreten. Aber auch die rechtsextrem-nationalrevolutionär ausgerichtete Gruppe Résistance verte (Grüner Widerstand). Und schließlich auch einige ehemalige Mitglieder der französischen Grünen, die wegen antisemitischer Tendenzen aus der Ökopartei ausgeschlossen worden waren.

Seit kurzem wird auch versucht, rechtsextreme regionalistische Bewegungen zu schaffen, vor allem im Umfeld des Zirkels Terre et peuple (Erde und Volk) des Rassenideologen Pierre Vial. Als Vorläufer könnte der vor zwei bis drei Jahren entstandene Mouvement régionaliste breton (Bretonische regionalistische Bewegung) gelten, damals eine Abspaltung des MNR.

Innerhalb von UR existieren informelle Zusammenschlüsse von Hitler-Verehrern, die sich vor allem jährlich zum Abfeiern des „Führergeburtstags" am 20. April treffen.

Ideologische Trends bei Unité radicale – Tendenzwende seit April ?

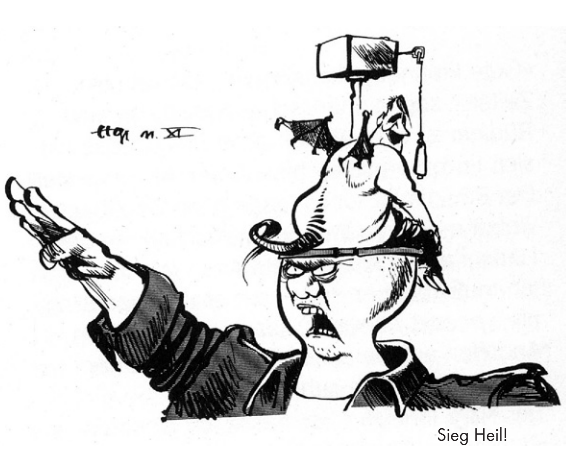
Zu den Stärken von Unité radicale gehörte von Anfang an ihre Offenheit für nicht direkt (organisations)politische Phänome wie Jugend-Subkulturen, Musik – vor allem in Gestalt der „identitären französischen Rockmusik" mit kriegerischen oder schreiend radikalen Texten – und auch regionalistischen Strömungen. Dem „klassischen" Nationalismus à la Le Pen setzt sie eine rassisch definierte „europäische" Identität entgegen, wofür der MNR ein offeneres Ohr hat als der „alte" FN (und was im Prinzip stärkere Anknüpfungspunkte für ein „modernes" Projekt bietet, das vielleicht eines Tages ein Regierungsprogramm beeinflussen könnte).

Daneben weist UR weitere ideologische Besonderheiten gegenüber der FN-Variante des Neofaschismus auf. So spricht sich ein UR-Kommuniqué (unterschrieben vom mittlerweile geschassten Chef Christian Bouchet) aus dem Jahr 2001, angesichts der Aufregung um ein aufsehenerregendes Urteil über Behinderte, relativ unverblümt für Eugenik und die Verhinderung behinderten Lebens aus. Der FN hingegen war oder ist, unter

dem Einfluss seines ultrakatholischen Flügels, an diesem Punkt stärker vom „Lebensschützer"- und Anti-Abtreibungs-Diskurs geprägt.

Während der letzten Jahre war Unité radicale überwiegend um eine ideologische Modernisierung bemüht, die darauf zielte, Abstand zum historischen Faschismus und Nationalsozialismus zu demonstrieren (da man einen Kampf „um die Fragen des 21. Jahrhunderts, und nicht jene des 20. Jahrhunderts" führe). Zugleich sollte die rechtesextreme Gruppierung, mit viel Demagogie, als revolutionäre und ideologisch weitgehend quer liegende Kraft präsentiert werden. So wurden die ehemaligen Mitglieder des PNFE angehalten, ihre Neonazi-Foklore doch bitte schön etwas hintanzustellen. Man will nicht so lächerlich enden wie die Überreste der FANE, die vor allem selbsternannte Führerlehrlinge, Betrüger und Pädophile angezogen hatte.

In ihrer Selbstdarstellung bezog UR sich folglich auf (angebliche) ideologische Quellen außerhalb des Faschismus. Vor allem bezeichnete sie sich als Fortsetzerin der Ideen der französischen Frühsozialisten Louis-Auguste Blanqui und Pierre-Joseph Proudhon. An diesen Vertretern eines vor-marxistischen, vor-materialistischen, überwiegend moralistisch ausgerichteten Frühsozialismus interessiert natürlich vor allem ihr stark ausgeprägter Antisemitismus. Blanqui und Proudhon waren extreme Antisemiten, weil sie im Judentum den Ursprung des verhassten Christentums erkannten (für Blanqui), weil sie das Judentum mit der Bourgeoisie identifizierten bzw. weil sie im Verweis auf ihren „jüdischen" Charakter ein Mittel zur moralischen Stigmatisierung der Großbürger zu finden glaubten. Die heutigen Rechtsextremen haben darin ein Mittel gefunden, ihrerseits die soziale Frage antisemitisch zu besetzen, ohne sich (explizit) auf Hitler zu beziehen. Daher sind Proudhon und Blanqui für sie taktisch geeignetere Bezugspunkte, als Göring und der NS-Ideologe Rosenberg.


Sieg Heil!

Ferner versuchte UR, sich das revolutionäre Erbe der Revolutionsjahre 1793, 1830, 1848 und gar der Commune de Paris einzuverleiben. Neben der Bedeutung sozialer Demagogie interessiert sie an dieser Einverleibung vor allem, dass sie einen Diskurs über die Gewalt als notwendigen Motor der Geschichte erlaubt. Dabei werden natürlich, trotz ihres radikal und grundsätzlich unterschiedlichen Charakters, revolutionäre Gewalt und faschistische Gewalt konsequent durcheinander gebracht.

In Fortsetzung dieser demagogischen Linie erklärte Unité radicale ab Februar 2000 ihre Unterstützung für die inhaftierten Action Directe-Mitglieder. Action Directe (AD) ist eine französische linksterroristische Gruppe, die in den 80er Jahre eine Stadtguerilla ähnlich der italienischen Roten Brigaden oder der westdeutschen RAF aufzubauen versuchte, dabei aber wesentlich geringere Bedeutung hatte. Die AD-Gefangenen werden seitdem durch Unité radicale „moralisch und finanziell unterstützt". Unbekannt ist, wie die AD-Häftlinge darauf reagieren; leider sind ideologisch „widernatürliche" Sympathien für die „Systemgegner von der anderen Seite" (als welche die Rechtsextremen sich zu verkaufen suchen) nicht immer ausgeschlossen, wie der Fall des in Paris inhaftierten internationalen Terroristen Carlos zeigte. Dieser hatte 1997 seine Sympathien u.a. für... den Front National erklärt. Leute, die durch jahrelange Haft menschlich und ideologisch zerrüttet und/oder bspw. eine auf die USA verkürzte Imperialismuskritik vertreten (und die daher für den europäischen Nationalismus blind sind, weil sie Westeuropa fälschlicherweise für eine „US-Kolonie" hielten), können für solche perversen „Verwandtschaften" anfällig sind. Allerdings kann es sich auch um eine einseitige Initiative seitens von UR handeln. Das Interesse für Unité radicale liegt auf der Hand: terroristische Aktionsmethoden (die allerdings aus ihrem ursprünglichen vermeintlich, und jedenfalls vom Anspruch her, revolutionären Kontext herausgelöst wurden) auch in einem faschistischen Kontext indirekt zu propagieren.

Weitere (teilweise demagogischen Zwecken dienliche) Bezugspunkte sind der argentinische Peronismus und der arabische Nationalismus in Gestalt des ägyptischen Nasserismus sowie der Baath-Partei in Syrien und im Irak.

Doch ein Führungswechsel im April dieses Jahres hat anscheinend einen Tendenzwechsel, hin zu einem explizit „rechts" geprägten Diskurs eingeläutet. Christian Bouchet wurde im April 2002 abgesetzt, im Kontext einer Veranstaltung von UR mit dem deutschen NPD-Anwalt (und ehemaligen 68er Linken und späteren RAF-Mitglied) Horst Mahler. Bouchet hatte an dieser Veranstaltung nicht teilgenommen. In Folge des Kurswechsel, der mit einer stärkeren Orientierung auf die deutsche NPD einhergeht – die aber auch bereits zuvor unterstützt, und gegen das (damals) drohende Verbot verteidigt worden war – wurden Guillaume Luyt und Fabrice Robert zu gleichberechtigten Sprechern ernannt. Mit ihnen kam eine „junge Garde" an die Macht, die klarer rechtsextrem ausgerichtet ist als der langjährige nationalrevolutionäre Spurenverwischer Christian Bouchet.

Guillaume Luyt war bis im April 2000 Chef der FN-Jugendorganisation FNJ gewesen und hatte dann dem Lepenismus den Rücken gekehrt, weil die Partei ihm zu bürgerlich-konservativ gewesen sei. Hintergrund ist, dass Le Pen dem damaligen FNJ-Chef anlässlich des Parteikongresses Ende April 2000 verweigerte, ins Politische Büro des FN (das oberste Führungsorgan) einzutreten. Weil Le Pen damals zugleich den Harki-Nachfahren Farid Smahi ins Politische Büro des FN beförderte, trat Luyt polternd und protestierend aus, weil man „einen Nordafrikaner" ihm gegenüber vorgezogen habe, was die multikulturelle Verkommenheit der Altpartei zeige. Fabrice Robert, der vor der Parteispaltung FN-Lokalparlamentarier im Pariser Raum gewesen war, ist heute in Nizza ansässig und ist dort wegen des Delikts der Auschwitzleugnung verurteilt worden. Bis heute ist er Mitglied im Conseil national, der nationalen Führung des MNR unter Bruno Mégret. Ferner gehört Fabrice Robert der glatzköpfigen Band „Fraction Hexagone" an, die durch folgenden Liedtext auf sich aufmerksam machte: „Eine Kugel für die Zionisten, eine Kugel für die Kosmopoliten, eine Kugel für die Polizei"...

UR selbst definiert sich in der Regel durch die Bezeichnung als „identitäre Aktivisten". Dem nationalistischen setzen sie zumeist einen „europäischen" Bezug hinzu, im rassischen (und nicht an Nationalstaaten gebundenen) Sinne. Als Gegner bezeichnet UR in ihrem jüngsten Kommuniqué, nach dem Attentatsversuch vom 14. Juli 2002, „das vaterlandslose Gewerkschaftertum, den ausbeuterischen Liberalismus/Kapitalismus und die jakobinische Republik der Rassenmischung". Diese seien „die modernen Bastillen, die das Volk erstürmen" müsse. Hinzu kommen natürlich die kapitalistische Globalisierung – und der Zionismus, gegenüber dem Unité radicale (auf demagogische Weise) Partei für die Palästinenser ergreift.

Streit um die Ausrichtung im „Rassenkrieg"

Fabrice Robert gab im Frühjahr in einem Leitartikel der UR-Zeitung „Jeune résistance" die neue Leitparole aus: „Ni keffieh ni kippa" (Weder Palästinensertuch noch jüdische Kopfbedeckung). Antiarabischer Rassismus und scharfer Antisemitismus sollten gleichzeitig demonstriert werden. Deswegen wurde er von seinem Vorgänger Christian Bouchet scharf kritisiert: Dieser erinnerte daran, die Kader hätten sich stets für ein strategisches Bündnis „mit den Moslems, gegen die Macht der Juden" eingesetzt. Anlässlich eines Pariser Kongresses von UR am 22. September 2001 hatte ein Aktivist dies so ausgedrückt: „Wir legen mit dem objektiven Bündnispartner (= den Moslems und besonders den Palästinensern) ein Stück Weges zurück, und dann verpassen wir ihm eine Kugel in den Kopf."

Fabrice Robert entgegnete dem jedoch, das sei für die Basis „zu kompliziert". Tatsächlich sind die Aktivisten und Dumpfbeutel an der Basis oftmals in erster Linie für die Vertreibung „des Islam aus Frankreich" und den Kampf gegen die Immigranten in ihren Vorstädten. Die eher abstrakte Frontstellung, die dem globalisierenden Gesellschaftsverständnis der Kader seinen Sinn verleiht, gegen die „jüdische Macht bzw. Weltverschwörung" ist für sie oft nicht greifbar genug.

In jedem Falle ist UR für den globalen „Rassenkrieg", fast egal, wer ihn eröffnet. Unité radicale hat die Anschläge vom 11. September 2001 begrüßt. Manche, weil in New York „die Zionisten und Kosmopoliten" getroffen worden seien. Andere, weil jetzt der Kampf gegen die islamische Gefahr anstehe, zu dem die Austreibung aller Immigranten aus Frankreich gehöre.

Auf internationaler Ebene gehört UR zwei internationalen Zusammenschlüssen an, die aber bisher ohne größere Bedeutung sind. Da ist erstens die „Europäische Befreiungsfront", die (angeblich) angeschlossene Gruppen in Belgien, England, Deutschland, Spanien und Italien unterhält. Es handelt sich um eine europäische Vorfeldorganisation, die einst durch die nationalrevolutionäre Nouvelle Résistance gegründet worden war. Zum Zweiten gehört UR dem „Verbindungskomitee der revolutionären Nationalisten" an, dem Nordamerikaner und Neuzeeländer zugehören.

Zum wichtigen Bezugspunkt scheint sich die deutsche NPD zu entwickeln. *Bernhard Schmid* ■

bei Paris Jagd auf „Araber“ machten) und Hooligans stark fühlte, und ein plötzliches „Durchknallen“ können die Tat aber nicht allein erklären. Denn nicht nur, dass Maxime Brunerie seit 1997 eine stringente politische „Karriere“ aufweist – erst gehörte er zeitweise dem PNFE an, dann dem GUD und im Anschluss sowohl Unité radicale als auch dem MNR. Bei Unité radicale war er unter anderem als kommerzieller Vertreter des Plattenlabels „Bleu Blanc Rock“ (mit rechtsextremer Rockmusik) im Großraum Paris mit dessen Vertrieb betraut.

Gegen die These vom rein individualpsychologisch zu erklärenden Akt eines „Einzeltäters“ ohne Hintermänner spricht vor allem auch die Tatsache, dass dessen Tat in seinem Umfeld politisch diskutiert wird. Im Internet-Forum auf der Website von Unité radicale, wie auch auf jenem der britischen Gruppe Combat 18, trafen in den ersten Tagen eine Reihe von Unterstützungs-Botschaften ein. So war bei Combat 18 zu lesen, dass ein Teilnehmer beklagte, er sei „tief enttäuscht, dass der französische weiße Krieger seine Zielscheibe verfehlt hat. Hoffen wir, dass andere Patrioten sich hervortun.“ Hingegen wandte ein anderer ein: „Danken wir Gott, dass dieser Franzose es nicht geschafft hat, seinen Präsidenten zu töten, denn er wäre durch einen Linken ersetzt worden“; der gleiche Autor regt an, „sich (künftig) lieber Linke vorzuknöpfen, da diese keine Sicherheitsmannschaften haben, um sie zu schützen“.

Bei Unité radicale hielten manche Teilnehmer die Tat für verfrüht (beklagt wurde die „Ungeduld“ von Brunerie) oder ungeschickt, erklärten Maxime Brunerie aber ihre kameradschaftliche Unterstützung. Andere schrieben etwa: „Die Schweine in den Medien nennen Dich geistig gestört? Ich sage, dass diejenigen gestört und ohne Rückgrat sind, die sich nicht vor Dir getraut haben.“ Oder: „Ihr wollt Veränderung, Ihr wollt den Krieg, den Islam aus Frankreich hinauswerfen, aber sobald ein Typ, der mehr oder weniger unseren Ideen nahe steht, zur Tat übergeht, dann spuckt Ihr auf ihn? Werdet lieber bei (der Chirac-Partei) UMP oder den Sozialisten Mitglied.“

Die UR-Führung erklärte in einer Stellungnahme, dass „die terroristische Aktion genauso wenig wie das reine Setzen auf Wahlen dazu geeignet ist, eine Lösung für die politische und moralische Krise zu bieten, die Frankreich durchquert.“ Stattdessen setze man auf den „dritten, den revolutionären Weg“. Brunerie selbst sei bisher „ein identitärer Aktivist wie viele andere gewesen: begeistert, entschlossen und ernsthaft“, der aus unbekannten Gründen auf einen „ungeschickten“ Attentatsversuch verfallen sei. Allerdings habe er im Gegensatz zu Richard Durn (einem Amokläufer, der im März acht Kommunalparlamentarier in Nanterre erschoss), der ein Linker sei, immerhin „nicht auf anonyme Zivilisten gezielt, sondern auf denjenigen, der in seinen Augen das Symbol der republikanischen Dekadenz war. Es steht uns nicht zu, seinen Akt gutzuheißen oder zu entschuldigen, wohl aber, ihm im gegenwärtigen Leid zu zeigen, dass Kameradschaft kein leeres Wort ist.“. – Im Wochenmagazin „Le Point“ (19. Juli) stellt UR-Chef Fabrice Robert drohend in Aussicht: „Das Scheitern der elektoralen (= Wahl- oder wahlorientierten) Strategie des FN und des MNR hat jene Franzosen, die gegen den Kosmopolitismus gestimmt hatten, einer Vertretung beraubt. Diese Situation ist äußerst explosiv.“

Maxime Brunerie war somit zwar noch kein Instrument einer kollektiven, politisch determinierten Handlung. Er könnte aber der Vorbote dessen sein, was künftig in breiterem Ausmaß als bisher droht – wenn sich die Gruppen besonders am Rande des MNR zunehmend auf Durchlauferhitzer erweisen sollten, deren Angehörige der Kontrolle durch strategisch handelnde Apparate zunehmend entgleiten.

Was den Attentäter selbst betrifft, so ist er in den Tagen nach seiner Tat in einer psychiatrischen Anstalt in Villejuif (bei Paris) untergebracht worden. Die Gutachter der psychiatrischen Betreuer werden darüber entscheiden, ob überhaupt bzw. wann ihm der Prozess gemacht werden kann.

Das Comité d’entraide aux prisonniers européens (Cepe), das „Komitee für gegenseitige Hilfe zugunsten der europäischen Gefangenen“, hat sich bereits wenige Stunden nach dem Attentatsversuch der Betreuung Maxime Bruneries angenommen. Das Cepe betreut ansonsten derzeit vor allem Michel Lajoye, der zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde, weil er 1987 in Petit-Quevilly eine Brandflasche in ein vollbesetztes arabisches Café geworfen hatte. Lajoye ist zu einer Art Märtyrerfigur für UR geworden. Im März 2002 erklärte Unité radicale sich vor den Wahlen bereit, im zweiten Wahlgang ein Bündnis der extremen Rechten mit der konservativen Rechten zu unterstützen – aber unter der Bedingung, dass ein „Minimalprogramm“ vereinbart werde. Zu diesem Minimalprogramm gehöre die „Begnadigung Lajoyes“. Als Bündnisangebot vielleicht nicht sehr realistisch, aber ansonsten eine klare Aussage!

Die KP-nahe Antirassismusorganisation MRAP, die Liga für Menschenrechte und der (gegen Geschichtsrevisionismus aktive) Zirkel ‚Cercle Marc Bloch‘ haben die Regierung zum Verbot und der gesetzlichen Auflösung von Unité radicale aufgefordert. Manche Beobachter des Rechtsextremismus wie Jean-Yves Camus zweifeln allerdings an der Wirksamkeit eines solchen Verbots. Die französische KP hat die Einsetzung einer Untersuchungskommission über „die Verbindungen von Maxime Brunerie zum MNR von Bruno Mégret“ gefordert.

Bernhard Schmid, Paris
22. Juli 2002 ■

Ein Festival gegen Rassismus in Berlin Weißensee

Berlin. Vom 23. -25. August findet ein Festival gegen Rassismus auf dem Gelände der Radrennbahn in Berlin Weißensee, Rennbahnstraße statt. Veranstalter ist die Initiative „Jugend denkt – SchülerInnen gegen Rassismus“, eine Gruppe von SchülerInnen verschiedener Schulen aus dem Nordosten Berlins: „Wir wollen eine selbstbestimmte Jugendkultur frei von rassistischen und faschistischen Ideen. Mit Unterstützung lokaler antifaschistischer Initiativen werden wir nun Ende August das „Nu Pagadi - Festival gegen Rassismus“ durchführen. Viele Bands aus verschiedenen Musikrichtungen sollen so viele (junge) Leute wie möglich zusammenbringen, damit es eine große Party wird. Wesentlicher Bestandteil werden aber auch die zahlreichen Work-shops und Diskussionsrunden zu den verschiedensten Themen sein.

Wenn ihr euch als Gruppe, Initiative o.ä. oder als einzelne Personen beteiligen könnt, würden wir uns sehr freuen. Aktuelle Infos gibts im Internet unter www.jugend-denkt.de oder dann vor Ort.“

Jugend denkt - SchülerInnen gegen Rassismus (15.07.02)
Tel.: 0179 8947025
web: www.jugend-denkt.de
mail: jugend_denkt@gmx.de ■

Bands: hiphop BRUDER & KRONSTÄDTA, PILSKILLS, reggae TRIBAL NOTES, rock DELBO, SOFAPLANET, EXPLOSIONSGEFAHR, KLEZ-E, samba RAKATAK, BLOCO EXPLOSAO, SAMBAKIDS, ska GREEN MEANS GO, KNATTERTONES, TIEFENRAUSCH, DE RUTHS, punk DRITTE WAHL, RASTAKNAST, DIE KOLPORTEURE, ROTATIONSPRINZIP, NO EXIT, FREAKAZOYED

Workshops:
◗ Exit: Ein ehemaliger Neonazi berichtet... ◗ „Alltäglicher“ Rassismus in Deutschland: Initiativen von Betroffenen berichten... ◗ Neonazis im Nordosten Berlins: Infos...

Diskussionen:
◗ Gesellschaftliche Ursachen von Rassismus. Podiumsdiskussion mit Prof. Hajo Funke, FU Berlin, und VertreterInnen von den Jungdemokraten/Junge Linke, dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (APABIZ) sowie einer lokalen antifaschistischen Initiative.



Die abgelehnten Asylbewerber aus Togo und ihre Freunde vor dem Gebäude des Verwaltungsgerichts Neustadt a.d. Weinstraße am 22. Juli. An diesem Tag wurde ihr Asylgesuch abgelehnt.

Richterin „Gnadenlos" lehnt fünfmal Asylgesuche ab

NEUSTADT. Am Montag, dem 22. Juli, fällte das Verwaltungsgericht Neustadt/ Pfalz durch die Einzelrichterin Frau Idelberger an einem einzigen Vormittag fünfmal hintereinander negative Urteile gegen Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Togo. Dabei nahm sie sich durchschnittlich eine Stunde Zeit, um die Asylbewerber jeweils zu ihren Asylgründen anzuhören und 12 Minuten, um sich die Entscheidung zu überlegen.

Die Anwältin Frau Ginsberg wies die Richterin ausdrücklich darauf hin, dass in Togo weiterhin eine große Verfolgungsgefahr existiert und dass z.B. ein Asylbewerber, den die Richterin abgelehnt hatte, nach seiner Abschiebung in Togo für ca. 8 Monate inhaftiert und mit Elektroschocks gefoltert wurde.

Davon unbeeindruckt und ohne erkennbare Regung lehnte Idelberger alle Beweisanträge ab.

Sie ignorierte beispielsweise ein medizinisches Attest der Uniklinik Heidelberg, die bei dem Asylbewerber Herrn Agbovi eindeutig eine schwere Traumatisierung festgestellt hatte, die durch erlittene Folter entstanden sei. Weil sie die Schilderungen seines Schicksals „nicht für glaubhaft" hielt, wurde das Attest einfach als „ungeeignetes Beweismittel" gewertet. Dass dieser Asylbewerber nach seiner Abschiebung in Togo wieder inhaftiert worden war und nur mit Mühe wieder freikam, nahm Frau Igelberger gar nicht erst zur Kenntnis.

Bei einem anderen, nach seiner Abschiebung wieder nach Deutschland eingereisten Asylbewerber, Herrn Sebou aus Ludwigshafen, urteilte sie, der Vortrag sei „in keiner Weise glaubhaft". Dabei machte der Flüchtling detailgenaue Beschreibungen der Inhaftierung und der Haftbedingungen, was ihm sichtlich schwer fiel, weil er sich dadurch wieder an schreckliche Erlebnisse erinnern musste. Die Klage wurde als „offensichtlich unbegründet" abgewiesen, so dass Herr Sebou nicht einmal die Möglichkeit hat, einen Antrag auf Berufung zu stellen.

Bei der Asylbewerberin Frau Ametepe, die wegen einer Risikoschwangerschaft nicht persönlich erscheinen konnte – die Richterin lehnte die Vertagung ab – urteilte sie, dass Frau Ametepe in Togo „in keiner Weise gefährdet" sei, obwohl über ihre Teilnahme an einer Demonstration gegen den togoischen Diktator Eyadema in der Zeitung „Rheinpfalz" ein Foto und in der togoischen Zeitung L'Evenement ein Kurzinterview mit ihr veröffentlicht wurde.

Auch hier ist mit der Entscheidung „offensichtlich unbegründet" kein Antrag auf Berufung mehr möglich. Andere Gerichte haben dagegen wegen der Veröffentlichung von Kritik an Eyadema ein Abschiebungsverbot ausgesprochen.

Bei Frau Issa wies die Richterin die Klage auf Asyl aus formalen Gründen ab. Angeblich sei die Klage nicht fristgerecht erhoben worden. Dabei rechnete sie die Frist von dem Zeitpunkt, an dem die Analphabetin den negativen Asylbescheid des Bundesamtes ausgehändigt bekommen hatte und nicht vom Zeitpunkt der Zustellung an die Rechtsanwältin. Die Klagefrist beträgt nur 14 Tage. Die Anwältin beantragte, diese umstrittene Verfahrensweise durch das Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen. Dies aber lehnte die Richterin ohne Begründung ab. Sie habe zu dem Thema genug gelesen und wisse, dass ihre Entscheidung richtig sei!

Diese Bespiele zeigen, dass Frau Idelberger offensichtlich eifrig bemüht ist, Asylanträge grundsätzlich abzulehnen. Sie hat nach unserer Erkenntnis kein Interesse daran, die einzelnen Verfolgungsschicksale und konkreten Gefahren im Falle der Abschiebung ernsthaft zu prüfen. Erst recht sieht sie nicht die generell gegebene Rückkehrgefährdung von togoischen Flüchtlingen. Ihre Machtposition, über Leben und Schicksal von Flüchtlingen zu urteilen, nutzt sie nach unserer Überzeugung eindeutig zum Nachteil der Flüchtlinge.

Wir fordern vom Verwaltungsgericht Neustadt und insbesondere von Richterin Idelberger, auch Erkenntnisse von Menschenrechts-Organisationen zur Grundlage ihrer Entscheidungen zu machen. Amnesty International kommt in seinen Berichten über Togo zu folgendem Schluss:

Asylsuchende, die im Ausland Zuflucht gesucht hatten, sind besonders gefährdet, bei ihrer Rückkehr misshandelt zu werden

Wir fordern den Stopp der Abschiebungen nach Togo! Bleiberecht für togoische Flüchtlinge!

Mannheim, den 23.07.02
Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim, c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung Mannheim, Postfach 121 965, 68169 Mannheim ■

Menschenrechte gelten für alle – Union soll rassistische Hetze einstellen

BERLIN. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Fall des unter dem Namen „Mehmet" bekannt gewordenen jugendlichen Serienstraftäters gegen die Stadt München und das Bayerische Innenministerium entschieden, dass die Ausweisung den Jungen in die Türkei nicht rechtens war. „Mehmet" hätte vor ein deutsches Gericht gestellt werden müssen. Er darf jetzt in Deutschland bleiben. Dazu die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

„Das Bundesverwaltungsgericht hat im Fall „Mehmet" eine schlichte Selbstverständlichkeit klargestellt: Menschenrechte gelten für alle. Und: Auch Straftäter können nicht wie „Sondermüll" ins Ausland exportiert werden. Unionspolitiker wie Laurenz Meyer und Hans-Peter Uhl wollen dies jedoch nicht wahrhaben und verbreiten rassistische Parolen.

Der 1984 in Deutschland geborene und in München aufgewachsene Muhlis A. ist – wie das Bundesverwaltungsgericht richtig feststellt – faktisch Inländer. Deshalb gelten für ihn besonders hohe Anforderungen an die Aufenthaltsbeendigung für Minderjährige. Diese Anfor-

derungen sind nicht erfüllt. Also war die Abschiebung rechtswidrig.

Wenn die „Bild"-Zeitung und mit ihr mehrere Unionspolitiker dieses Urteil angreifen, muss ihnen klar gesagt werden: Sie wollen Menschenrechte abschaffen und betreiben blindwütige Hetze. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wie auch mehrere jüngere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts stellen klar: Grundrechte gelten auch für Menschen ohne deutschen Pass. Politik und Medien sollten sich diesen Merksatz ins Stammbuch schreiben und auf fremdenfeindliche Hetze im Wahlkampf wie auch auf rassistische Diskriminierung allgemein endlich verzichten.



Günter Beckstein verletzt dieses Gebot, wenn er auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe nach einem „Sicherheitspaket III" speziell gegen Ausländerinnen und Ausländer ruft. Abgesehen davon, dass Otto Schily im vorauseilenden Gehorsam seine Forderungen schon in den früheren „Sicherheitspaketen" längst erfüllt hat. Nicht die Migrantinnen und Migranten stellen eine Gefahr für die Sicherheit in Deutschland dar, sondern Politiker wie Beckstein schüren mit ihren Äußerungen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

PM Ulla Jelpke ■



Ökumenische Mahnwache von „Pro Roma" vor Containerlager

KÖLN. Die ökumenische Initiative „Pro Roma" veranstaltete in der Nacht vom 10. auf den 11. Juli eine Mahn- und Nachtwache vor dem Containerlager im Kölner Stadtteil Kalk. Es war die erste öffentliche Aktion dieser neuen kirchlichen Initiative, die sich Anfang des Monats gegründet hat.

Der evangelische Stadtsuperintendent Karl Schick und der katholische Pfarrer Franz Meurer sind zwei von jetzt schon dreißig Pfarrerinnen und Pfarrern, die sich für die Schließung des Container-Flüchtlingslagers einsetzen. Von der Stadt fordert die Initiative, die Roma in Wohnungen menschenwürdig leben zu lassen und ein Integrationskonzept zu entwickeln.

Für Gabriele Spieker, Vorsitzende des Ökumenischen Netzwerks „Asyl in der Kirche", ist das Containerlager auch von überregionaler Bedeutung: „Hier in Köln wird ein Modell ausprobiert, wie zukünftig nach dem Zuwanderungsgesetz Menschen in sogenannten Ausreisezentren menschenverachtend kaserniert werden."

In nur wenigen Tagen sammelte die Initiative 500 Unterschriften unter einen Aufruf an die Stadt und das Deutsche Rote Kreuz, das das Lager betreibt.

Die Sprecherinnen und Sprecher bei der Mahnwache verlangten von der Stadt, „schnellstmöglich ein menschenwürdiges Unterbringungs- und Integrationskonzept zu entwickeln", sowie die Schließung des Kalker Containerdorfes.

Kontakt zu „Pro Roma" über: Klaus Schmidt, Tel: 0221/8704454, Fax: 0221/9875573

Wer hat die beste Plakatidee?

Thüringen. Wir, die **Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen in Thüringen** oder einfach kurz **ABAD**, planen eine Aktion unter dem Motto „Zeichen setzen! Für bunte Vielfalt, gegen Rassismus und rechte Gewalt." Während der Aktion soll es Plakate geben, die in allen öffentlichen Verkehrsmitteln hängen und City Cards, die umsonst verteilt werden. Ziel ist es, dass Thema RASSISMUS wieder in die öffentliche Diskussion zu rücken, da es aus dieser so gut wie verschwunden ist. Wir sind jedoch der Meinung, dass Rassismus und rechte Gewalt nach wie vor ein Problem sind und das auch in Thüringen. Weiter sollen über die Aktion potentiell Betroffene auf unsere Anlaufstelle und die telefonische Notfallberatung nach rassistischen Angriffen und Bedrohungen aufmerksam gemacht werden.

Eure Chance!
Wir brauchen ein Motiv für unsere Plakate und City Cards!
Wenn ihr kreativ seid und Lust habt, entwerft doch einfach ein Plakat und sendet es uns zu. Eurer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Der beste Entwurf wird in ganz Thüringen in Bus und Bahn zu sehen sein, zusätzlich erhält die GewinnerIn 50 Eur. Die besten 10 Vorschläge werden auf unserer Internetseite veröffentlicht und erhalten einen kleinen Preis.
ALSO! Setzt euch an euren PC, Schreibtisch oder sonst wohin und fangt an.
Schickt eure Entwürfe bis spätestens 30.8.02 ans ABAD Büro, Erfurt in der Warsbergstr. 1, 99092 Erfurt. Oder per E- Mail an: abad-ef@gmx.de Stichwort: „Plakatentwurf"
Wir zählen auf euch! Und viel Spaß beim kreativen Schaffen.

Tel. Rückfragen unter 0361/2172724
Anlaufstelle Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD)
Büro Erfurt, abad-ef@gmx.de, www.abad-th.de

Ni carotte – ni bâton: Aktionen beim NoBorder - Camp

STRASBOURG. Seit dem 19. Juli und noch bis Sonntag treffen sich hunderte AntikapitalistInnen, AntirassistInnen und selbstorganisierte MigrantInnen aus ganz Europa zu einem internationalen antirassistischen Grenzcamp im französischen Strasbourg. Sie wollen damit dem „Inneren Sicherheitswahn", der Ausbeutung durch Ausgrenzung und dem „Krieg gegen den Terrorismus" ihre Visionen einer Welt ohne Grenzen entgegensetzen.

Bisher gab es eine Vielzahl von Präsentationen, Diskussionsrunden und Workshops. Klarer Schwerpunkt des Camps sind jedoch offene und klandestinere Aktionen.

Mittwoch, 24.07.:
Bei einer Demonstration gegen Abschiebezentren versuchte die Polizei mitten in der Innenstadt, Graffitisprühereien am Rande der Demo zu unterbinden: Sie schoss auf einem belebten Platz mit Tränengas und Gummigeschossen in die Menge. Danach kam es zu Gegenwehr und Ausschreitungen, es gingen Scheiben zu Bruch. Zwanzig Menschen wurden festgenommen und dabei teilweise heftig verprügelt (Übersicht über die Aktionen der letzten Tage | Aktuelle Berichte auch im NoBorder-Webjournal)

Donnerstag, 25.7.:
Am Morgen wurden AktivistInnen der Publix Theatre Karawane bei einer Theateraktion in der Stadtmitte – trotz legaler Anmeldung der Aktion – von der Polizei vertrieben.

Nach den Ausschreitungen am Mittwoch hat die Strasbourger Polizei die Verantwortung für das NoBorder-Camp an Paris übergeben. Der Polizeipräfekt verhängte bis Samstag 24 Uhr ein totales Demonstrationsverbot in der Umgebung. Trotzdem demonstrierten am Abend 100 Menschen vor der Polizeipräfektur gegen das Demoverbot, Ausflugsboote auf dem Rhein wurden „geentert" und dort mit Transparenten und Musik auf die Situation aufmerksam gemacht. In Frankfurt/Main und Wien waren Solidaritätsaktionen geplant.

Von den bisher circa 25 in Gewahrsam Genommenen wurden unterdessen die meisten freigelassen, gegen einige wurden Verfahren eingeleitet. Zwei Menschen werden immer noch vermisst.

Regelmässige Aktionsberichte sendet auch das Campradio, das in der Region um Strasbourg auf der Frequenz FM 100.6 MHz sowie im Internet unter http://freeteam.nl:8000/sis/ [einfach diese URL in euren mp3 player eingeben] zu empfangen ist.

Quelle: www.indymedia.de ■

Kurzanalyse zur Entlassung Rudolf Scharpings als „Verteidigungsminister"

„Reine Wahlkampftaktik"

Von Tobias Pflüger *

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat Rudolf Scharping (SPD) als seinen „Verteidigungsminister" entlassen. Als Nachfolger wurde Dr. Peter Struck (SPD) ernannt, er nimmt heute am 19.07.2002 seine Amtsgeschäfte auf. Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. nimmt zu dem Vorgang wie folgt Stellung:

1. Es gab schon bisher 1000 andere Gründe für einen Rücktritt von Rudolf Scharping. Die Honoraraffäre ist ein Klacks im Verhältnis zu dem Skandalregister, das Rudolf Scharping als „Verteidigungsminister" angehäuft hatte. (Spannend ist im Kontext des Honorarskandals die Komponente mit der Anbandelung von Gesprächen durch den CDU-PR-Mann Moritz Hunzinger zwischen Rudolf Scharping und Lobbyisten mit dem Ziel von U-Boot-Exportgeschäften nach Ägypten.) Nur zwei der jüngsten Skandal-Beispiele:

A. Scharping unterschreibt eine Beschaffung von 73 Militärtransportern des EADS-Airbus-Konzerns am Bundestag vorbei ohne Absicherung im Bundeshaushalt. Gesamtkosten dieser Beschaffung, mit der die sogenannte „Verlegefähigkeit" der Bundeswehr oder korrekter der Verbesserung der Interventionsfähigkeit der Bundeswehr hergestellt werden soll, sind 9,5 Milliarden Euro der europäischen Gesamtkosten von 18 bis 25 Milliarden Euro.

B. Rudolf Scharping verantwortet reine und brutale Kampfeinsätze des Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan. Nach seinen Angaben sollten dabei „El Kaida-Kämpfer gejagt und gefangen werden". Sollte dies der Fall sein, verstoßen die KSK-Truppen unstrittig gegen das Kriegsvölkerrecht. Denn die KSK-Truppen haben dann wohl ihre Gefangenen an die befehlshabenden US-Truppen übergeben, über deutsche Gefangenenlager ist nichts bekannt geworden… Die US-Truppen behandeln die Gefangenen aber nicht als Kriegsgefangene und ihnen droht die in Deutschland verbotene Todesstrafe. Sollten die KSK-Soldaten keine Gefangenen gemacht haben bei ihren Einsätzen, sondern alle Gegner getötet haben, um so schlimmer.

2. Die Ablösung Rudolf Scharpings ist reine SPD-Wahlkampftaktik, Rudolf Scharping schadete als Minister einfach zu sehr bei der Bundestagswahl. Die Ablösung zeigt, dass die Inhalte der Militär-, Friedens- und Kriegspolitik der rotgrünen Bundesregierung nicht zur Debatte stehen, sondern dass es einzig und allein um das Medienbild eines Ministers und einer Regierung geht. Auch durch die Ablösung eines Rudolf Scharping wird rot-grün nicht wählbarer, genausowenig wie die „Alternative" Stoiber-Schäuble mit Westerwelle-Möllemann.

3. Nötig ist nach Ansicht der Informationsstelle Militarisierung (IMI) ein Ende der bundesdeutschen Kriegspolitik und nicht eine Ablösung eines Pannenministers. [1] Schließlich hat die rot-grüne Bundesregierung die Bundeswehr in zwei Angriffskriege (NATO-Krieg gegen Jugoslawien und Krieg gegen Afghanistan) geschickt. Der Beschluss einer umfassenden „Kriegsermächtigung" – von Gerhard Schröder mit Vertrauensfrage gekoppelt – brachte Bundeswehrsoldaten in Kriegseinsätze auf mehr als einem Drittel des Globus. Heute stehen fast 10.000 Bundeswehrsoldaten in über 16 Staaten im Auslandseinsatz.

Tatsächlich geht es bei den Einsätzen der Bundeswehr bei „Enduring Freedom" aber nicht um Terrorbekämpfung, sondern um Interessensdurchsetzung mit Hilfe von Militäreinsätzen. Die Stationierungen wie im Falle der ABC-Abwehrkräfte in Kuwait sind Vorboten von geplanten Kriegen, hier des für ca. Februar 2003 terminierten Krieges gegen den Irak.

4. Zentrales Ereignis in der Amtszeit von Rudolf Scharping war der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die damaligen Lügen des Kriegsministers Scharpings.

Für manche ist es schon Lichtjahre her, doch Rudolf Scharping hat seine Meriten erworben im NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Seine damaligen Lügen (Stichworte: Scharpings Aussage, es gäbe „KZs im Kosovo" [2], der erfundene „Hufeisenplan", die Racak-Lüge, seine Geschichte mit den gegrillten Föten [3], die Instrumentalisierung der Flüchtlinge für NATO-Zwecke, u.v.a.m.) sind bis heute der eigentliche Skandal der Amtszeit Rudolf Scharpings. Mitverantwortlich für die mit Lügen begründete Kriegspolitik waren und sind damals wie heute Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (Grüne). Scharping ging erwartungsgemäß nie gegen Medienberichte juristisch vor, die beschrieben haben, mit welchen Lügen er den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu legitimieren versuchte. ↓

5. Zweites zentrales Element der Amtszeit von Rudolf Scharping war die Umwandlung der Bundeswehr zur kriegsführungsfähigen Interventionsarmee.

Die Veränderung der Bundeswehr in Strategie, Struktur und Bewaffnung hin zu einer kriegsführungsfähigen Interventions-Bundeswehr wurde unter Rudolf Scharpings Amtsvorgängern von der CDU, vor allem Volker Rühe begonnen, doch substantiell wirksam wurde diese grundlegende Veränderung des deutschen Militärs erst unter Rudolf Scharping. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die ganzen Strategiepapiere: Um nur die wichtigsten zu nennen: Die aufwendige „Weizsäckerkommission" und ihr Bericht, das Gegenpapier der Militärs verantwortet vom ehemaligen Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach [(4)], das „Ressortkonzept", mit dem die Bundeswehr in ihrer Struktur auf eine „Armee im Einsatz" getrimmt wurde, und das Materialkonzept, mit dem die umfangreichen Beschaffungsprojekte koordiniert werden sollten. Inzwischen ist die Bundeswehr in ihren Kernteilen fertig umstrukturiert und „voll einsatzfähig", andere Bereiche folgen.



6. Der Nachfolger Peter Struck ist in Sachen Bundeswehr inkompetent.

Peter Struck hat sich bisher noch nie als Fachmann für den Bereich der Militärpolitik hervorgetan. Er wurde ausgewählt wegen seines Images als harter Durchgreifer (siehe das „auf Linie trimmen" der Abgeordneten bei der Vertrauensfrage / Kriegsermächtigung zusammen mit Franz Müntefering) und wegen seiner Loyalität zum Bundeskanzler. In Sachen Bundeswehr ist Peter Struck inkompetent. Seine Amtszeit dürfte ja auch nur noch wenige Tage bis zur Bundestagwahl dauern. Dann kommt auf die Soldaten und die Republik wieder mal ein neuer (alter?) „Verteidigungsminister" zu.

7. Zusammenfassung

Die Bundeswehr ist mitten drin im Umbruch zur kriegsführungsfähigen Interventionsarmee und zugleich mit fast 10.000 Soldaten im Auslandseinsatz. Unter Rudolf Scharping wurde die Militärpolitik der Vorgängerregierung nicht nur fortgeführt, rot-grün und Rudolf Scharping tragen die Verantwortung für zwei Angriffskriege (Jugoslawien und Afghanistan) und eine Reihe umfassender Stationierungen der Bundeswehr im Ausland. Offensichtlich bedurfte es einer rot-grünen Regierung und eines Ministers wie Rudolf Scharping, der als Person nur von wenigen ernst genommen wurde, um im Bereich der Militärpolitik derart umfassende Änderungen auf die Schiene zu bringen. Krieg ist wieder ein wesentliches Mittel von deutscher Politik geworden. Rot-grün steht somit für eine „eskalierende Kontinuität" im Bereich der Militär- und Bundeswehrpolitik, aus deklarierter „Friedenspolitik" (Koalitionsvertrag) wurde permanente Kriegspolitik, dies auch und insbesondere dank Rudolf Scharping.

Anmerkungen:

(1) Leider fangen die in den Medien beschriebenen Pannenserien von Rudolf Scharping meist erst mit den Badefotos auf Mallorca im Sommer 2001 an.

(2) „Und ich sage bewusst Konzentrationslager", Rudolf Scharping am 28.3.1999 in der ARD-Fernsehsendung Sabine Christiansen

(3) „Wenn beispielsweise erzählt wird, dass man einer getöteten Schwangeren den Fötus aus dem Leib schneidet, um ihn zu grillen und dann wieder in den aufgeschnittenen Bauch zu legen; wenn man hört, dass systematisch Gliedmaßen und Köpfe abgeschnitten werden; wenn man hört, dass manchmal mit Köpfen Fußball gespielt wird, dann können Sie sich vorstellen, dass sich da einem der Magen umdreht", so Rudolf Scharping am 16. April 1999 in einer Pressekonferenz

(4) Scharping dürfte auch Rekordhalter im Verschleiß von Generalinspekteuren der Bundeswehr sein. Während seiner Amtszeit waren dies immerhin vier: Klaus Naumann, Hans-Peter von Kirchbach, Harald Kujat und nun Wolfgang Schneiderhan

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Bei IMI gibt es weitere Informationen zu allen Themen der Militärpolitik: IMI, Hechingerstrasse 203, 72072 Tübingen, Telefon: 07071-49154, Fax: 07071- 49159, e-mail: IMI@imi-online.de Internet: http://www.imi-online.de ■

Kriegspropaganda eines CDU-Kommunalpolitikers:

„Abgrundtief hässliche Kreaturen“

Von Thomas Klaus

Welch Geistes Kind ist Hannsjörg Carl? Diese Frage wird gerade im niedersächsischen Landkreis Wesermarsch diskutiert. Carl ist dort kein unbeschriebenes politisches Blatt; er war bis vor kurzem einer der führenden CDU-Männer in diesem Landstrich.

Dass er es nicht mehr ist, ist seinem Internet-Auftritt zuzuschreiben. Auf seiner privaten Homepage mit Links zu seiner Partei und zum Heimatverein Altenesch äußerte sich der damalige CDU-Vorsitzende in der Gemeinde Lemwerder unter anderem zum Nahost-Konflikt. Dabei zog er in einer Manier gegen die palästinensische Seite vom Leder, dass ein Vergleich mit faschistoider Terminologie sicherlich angebracht erscheint. Carl formulierte zum Beispiel: „Diese abgrundtief hässlichen Kreaturen, die jegliche Sympathie verspielt haben. Und noch immer sehe ich diesen johlenden Palästinenserabschaum, der im Golfkrieg Raketen auf Israel forderte.“ An die Adresse des israelischen Ministerpräsidenten appellierte der Kommunalpolitiker: „Sharon! Mach diesem Alptraum endlich ein Ende und feg diese feigen Schweine hinweg.“

CDU-Vertreter zeigten sich von dieser menschenverachtenden Diktion des Lemwerder Ober-Christdemokraten („eindeutige Kriegspropaganda“, so die Bremer Politikwissenschaftlerin und Hochschulprofessorin Dr. Margaret Wirth) überrascht und entsetzt. Der Landesvorstand empörte sich. Und der Rest des Gemeindeverbandsvorstandes distanzierte sich ebenso deutlich wie Björn Thümler, der Vorsitzende der CDU in der Wesermarsch. Er bewertete Carls Statements im World Wide Web „eindeutig als Volksverhetzung“, für die in einer demokratischen Partei niemand Sympathien hegen könne. So wie im Internet kenne er Carl allerdings gar nicht, meinte Thümler. Demgegenüber war Lemwerders Bürgermeister Hans-Joachim Beckmann wenig verblüfft. „Carl ist für seine drastische Sprache in der Politik bekannt“, sagte der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete und verwies darauf, dass Carl im Oktober letzten Jahres seine Teilnahme an einem Präventionsrat in der Wesermarsch-Gemeinde Stadland abgesagt habe. Der Präventionsrat wendet sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Hannsjörg Carl begründete sein Nein zur Mitarbeit auf diese Weise: Eine multikulturelle Gesellschaft habe keine Zukunft. Und: „Je eher Sie lernen, dies zu verstehen, desto mehr Menschen können in einer friedlichen, allerdings getrennt voneinander lebenden Welt leben.“

Carl empfahl dem Präventionsrat, Geld für Bomben zu sammeln, die US-Präsident George Bush dann gegen den Sudan, Irak und „hoffentlich auch die Palästinensergebiete“ einsetzen könnte.

Besonders pikant: Hannsjörg Carl ist Polizeibeamter von Beruf und im Range eines Oberkommissars als Dienstgruppenleiter in Bremen tätig. Der dortige stellvertretende Polizeipräsident Klaus Plenge fand für die Äußerungen des 44-jährigen Ordnungshüters klare Worte: „Widerwärtig und abartig“ nannte er sie. Auch der Staatsschutz reagierte schnell. Er ermittelt wegen Verdachts der Volksverhetzung und sorgte dafür, dass die Homepage aus dem Internet herausgenommen wurde.

Unterdessen ist Hannsjörg Carl aus der CDU ausgetreten – per SMS. Damit kam er vermutlich einem Parteiausschluss zuvor. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Nachdem der Deutsche Ostdienst nur noch als Magazin erscheint, war damit zu rechnen, dass man Autoren, die Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen haben, etwas in den Hintergrund stellen würde. Dem ist aber nicht so. Bernhard Knapstein, Kenner der rechtsextremen Szene und Autor und Freund der ‚Jungen Freiheit‘, schreibt im DOD einen Bericht über das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußenin Leipzig. Kanzlerkandidat Stoiber nahm an dieser Konferenz teil und hielt ein Grußwort. Anschließend sprach nach dem Bericht von Knapstein der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und neugewähltes Vorstandsmitglied der Bundesverbandes der Vertriebenen, Wilhelm von Gottberg. Knapstein zitiert ihn im DOD wie folgt: „Ein Beispiel für die in Deutschland zum System erhobene Verlogenheit ist die Schlussstricherklärung der Bundesregierung von 1997 zum Verhältnis Deutschland – Tschechien. Dieser Erklärung war die Funktion einer Grabplatte für die ungelösten Probleme im deutsch-tschechischen Verhältnis zugedacht.“

Diese Kritik an Kanzler Kohl soll wohl in rechtsextremen Kreisen für Stoiber mobilisieren. Knapstein schreibt dann nämlich: „Diese erst fünf Jahre alte Erklärung ruft heute europaweit nur noch Kopfschütteln hervor. Selbst dem Europa-Parlament schaudert es bei dem Gedanken, die damals „unter den Teppich“ gekehrten Benes- und Bierut-Dekrete könnten in Kürze Eingang in die europäische Rechtsgemeinschaft finden. Die Ostpreußen haben die erwachende Kritik auf europäischer Ebene registiert und sehen sich in der Offensive. Stoiber versprach, dass er sich „dieser europäischen Frage stellen“ werde.

Aus einem Brief von Bernhard Knapstein an die Junge Freiheit aus dem Jahre 1999:
Lieber Dieter, liebe Freunde in der Redaktion, gehaßtes und geliebtes Chaos-Büro zu Berlin! Man kann Euch in jeder Hinsicht nur gratulieren. ...Ich hatte Freude daran, für Euch ein paar kleinere Artikel zu schreiben, meine Knochen für die JF in öffentlichen Verkehrsmitteln hinzuhalten und dank derselben Zeitung unbekannte Kameraden in den gleichen Verkehrsmitteln kennenzulernen. Ich hatte aber auch Freude daran, mich über die zunehmende politische Laschheit und über doppelt zugesandte Bettelbriefe zu ärgern.
Die JF, so sehr man sich auch über sie ärgert, ist und bleibt eine unverzichtbare Trittleiter zu den höheren Weihen ins deutschnationale Om.

Der DOD hat Wahlprüfsteine aufgestellt und alle Bundestagsparteien (außer der PDS) um Antworten gebeten. Unter anderem wollen die Landesmannschaften am 5. August einen eigenen Feiertag haben. Nur die CDU/CSU versprach sich dafür zu engagieren. *DOD 17 /02 - jöd* ■

Gebärt viele Rechte

Junge Freiheit Nr. 31-32/2002 vom 26. Juli 2002

Das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz über gleichgeschlechtliche Partnerschaften für verfassungskonform erklärt. Für die Rechte ist das die „Zersetzung der Keimzelle", gemeint ist die Familie. *Michael Wiesberg* beschwört den Untergang der deutschen Gesellschaft herauf: „Wenn es vor diesem Hintergrund auch noch gelingen sollte, ein Adoptionsrecht für Homosexuelle durchzusetzen, dann ist schließlich alles Familie und damit nichts mehr Familie. Das Leitbild der Familie, dem in der Verfassung ein ‚besonderer Schutz' zugebilligt wird, wäre somit hinfällig." Und Chefredakteur *Dieter Stein* rät zu anderen Maßnahmen. Nachdem er erst über die Geburt seines Sohnes („Da liegt er plötzlich. Lila angelaufen und ganz zerknautscht mit einem langgequetschten Kopf wie Nofretete. Mein Sohn, mein erstes Kind ...") sinniert, ohne dass überhaupt eine Frau daran beteiligt war, kommt er zum Schluss: „Da tut man alles, Frauen einzureden, die ‚berufliche' Karriere sei der normale, Hausfrau und Mutter – als Nicht-Beruf diskriminiert – der Sonderweg ... Hoffen können wir nur auf eine Kursänderung – durch viele kleine Revolutionäre ..." Diese Hoffnung hat zum Glück noch nie zu einer Veränderung der Gesellschaft geführt.

Und noch ein Gerichtsurteil

Junge Freiheit Nr. 31-32/2002 vom 26. Juli 2002

Auch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Fall „Mehmet" empört das Blatt. *Kurt Zach* behauptet, damit habe das Gericht das bundesdeutsche Abstammungsprinzip im Staatsbürgerschaftsrecht aufgehoben und „daraus in der Praxis ein ius soli, also ein territorial begründetes Recht gemacht". Entgegen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen veröffentlicht das Blatt den vollen Namen des jungen Türken, der in der Bundesrepublik aufgewachsen ist. Beifällig zitiert Zach den CSUler Gauweiler, der verlangt, „künftig eben jugendliche Gewalttäter gemeinsam mit ihren Eltern zurückzuschicken, wenn man denn die Jung-Schläger schon nicht von der Familie trennen könne."

Schill-Partei tritt in 15 Bundesländern an

Junge Freiheit Nr. 31-32/2002 vom 26. Juli 2002

Außer in Sachsen-Anhalt hat die Schill-Partei in allen Bundesländern Landeslisten für die Bundestagswahl aufgestellt. In Sachsen-Anhalt verhinderte der von Schill persönlich beauftragte Landesvorsitzende Ulrich Marseille die Aufstellung der Liste. Langsam bekommt die Partei auch Probleme mit neuen Mitgliedern aus anderen rechten Parteien. Hatte die Schill-Partei anfangs noch strenge Maßstäbe angelegt für die Aufnahme, ist nun bekannt geworden, dass der Thüringer Landeslisten-Zweite Günter Steinert vorher Mitglied in der FDVP gewesen. Die FDVP wurde von ehemaligen DVU-Abgeordneten im Landtag Sachsen-Anhalt gegründet, die zuvor der DVU den Rücken zugekehrt hatten.

„Spielt Stoiber falsch?"

Nationalzeitung 30-2002

So titelt das Blatt vom 19. Juli und konstatiert, dass die „C-Parteien mit ihrem voraussichtlichen Koalitionspartner FDP" bei allen Umfragen vor Rot-Grün lägen. So richtig zu freuen scheint das die Redaktion aber nicht: „Stoiber gilt vielen als rechts oder national. Doch er ist zweifellos keines von beiden. Die Geschehnisse seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 haben gezeigt, dass der bayerische Ministerpräsident in der vorbehaltlosen Zustimmung zu US-Forderungen nach Unterwerfung bei weltweiten militärpolitischen Abenteuern noch erheblich weiter geht als Kanzler Schröder." Außerdem bekämpfe Stoiber die „verfassungstreue deutsche Rechte", wäre bei der Vorstellung der Verfassungsschutzberichte als bayerischer Innenminister „hasserfüllt" gewesen. Da die DVU selbst zur Wahl nicht antritt und sicher nicht zur Wahl der NPD aufruft, dürfte es sich um das übliche Wortgeklingel handeln, um Druck von Rechts zu machen. Ein Dr. Frey wird wohl kaum Schröder statt Stoiber wählen, auch wenn der nun mal kein Franz-Josef Strauß ist.

Wer stürzte Scharping?

Nationalzeitung 31-2002

„Stürzte Scharping über Israel?" titelt das Blatt und konstruiert aus dem Rausschmiss Scharpings eine antisemitische Verschwörungsstory, die mit Scharpings eigenen Äußerungen „belegt" wird: „‚Es gibt Anzeichen für eine durchaus gezielte Kampagne, ich will das aber nicht kommentieren.' Hat er dann doch, indem er nämlich gegen Schluss seiner Stellungnahme über das, was da gegen ihn ‚zusammenkonstruiert' worden sei, sagte, es habe schon ‚nach meinen Reisen nach Ägypten' begonnen." Damit ist für die NaZe klar, dahinter steckt Israel, das immer „Zeter und Mordio schreit, wenn ‚Waffen aus dem Land der Mörder von gestern an die von morgen' gehen sollen." Um sich nur ja nicht festzulegen, relativiert der Verfasser im Laufe des Artikels dann seine Unterstellungen. Letzlich sei Scharping so viel Profil zum Alleingang wohl auch gar nicht zuzutrauen.

uld, u.b. ■